

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefallene Poststelle oder deren Raum 70 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 242.

Donnerstag, den 16. Oktober 1919.

26. Jahrg.

Die Einigungsparole.

Der Mitbegründer der Deutschen demokratischen Partei, Herr Hella v. Gerlach, widmete die ganze letzte Nummer seiner „Welt am Montag“ der Frage der sozialistischen Einigung. Die Redakteure der „Welt am Montag“, eine ganze Reihe von Parteigenossen und „Unabhängigen“ und sogar ein Hausdichter mühten sich um die Frage. Das Ergebnis ist leider recht kläglich.

Von den Autoritäten, die zu der Frage der Einigung sich äußern, hat leider jeder eine andere Meinung über den Weg zur Einigung und ihre Grundlage. Von unseren drei Parteigenossen, die sich gutachtlich hören lassen, reitet jeder sein besonderes Stiefchen: Julius Kallist glaubt, daß die proletarische Einigung sich sofort vollziehen könnte, und zwar auf der Grundlage der Kammer der Arbeit und der Einigung Kontinentaleuropas; Eduard Bernstein fordert für den Sieg des Einigungsgebändens nur eine große sozialistische Tageszeitung der Einigungszentrale, die durch strenge Sachlichkeit in der Behandlung und ihre Grundzüge und des Parteistretes vorbildlich wirken soll; Paul Löbe hält eine baldige Verschmelzung für unwahrscheinlich, eine Arbeitsgemeinschaft auf vielen Gebieten für möglich. Vor allem aber betont Löbe, daß die Einigung auf dem Boden der Demokratie erfolgen müsse: „Zur Abwehr der Gegenrevolution, zur Festigung aller wahrhaft republikanisch und sozialistisch gerichteter Bürger halte ich ein Zusammengehen der streitenden Richtungen, soweit sie auf dem Boden der Demokratie stehen, für dringend nötig.“

Darunter aber steht das Einigungsprogramm des „Unabhängigen“ Rudolf Breitscheid, der einst um seiner demokratischen Ueberzeugungen willen zur Sozialdemokratie kam und jetzt erklärt:

„Die Grundanschauung wird nach meiner Ueberzeugung in der Anerkennung des von den Rechtssozialisten aufgegebenen Prinzips des internationalen Klassenkampfes gipfeln, der es um der Ueberwindung des Kapitalismus willen auch wagt, sich, wenn es notwendig ist, über die Forderungen der formalen Demokratie hinwegzusetzen.“

So geht es in anmutigem Wechsel weiter, und wenn man die neuen in der „Welt am Montag“ vereinigten Einigungsapostel damit beauftragte, sich zueinander zu setzen und den Einigungsplan auszuarbeiten, so würde es sehr bald blutige Köpfe geben.

Daher ist der einzige ernst zu nehmende in dieser Gesellschaft Kautsky, der die jegige Spaltung für die schlimmste erklärt, die je das Proletariat heim gesucht habe. Die unaufgeklärten Massen seien am 9. November den Rechtssozialisten zugeströmt, dann zu den „Unabhängigen“ und Kommunisten, und jetzt neigten sie dem Antisemitismus zu oder zögen sich schon wieder ganz aus der Politik zurück. Auf die Bewegung dieser unstillen Elemente dürfe man die Hoffnung auf Einigung nicht bauen. Erfolgte die Einigung, so würde sie notwendig der Partei auch das richtige und vernünftige Programm geben. Aber leider fehlten augenblicklich alle realen Anhaltspunkte zur Einigung. So läßt denn Kautsky nur die Hoffnung offen, daß die politischen Verhältnisse, die Situationen und Stimmungen rasch wechseln könnten, und dann müsse der Gedanke der Einigung seine Träger vorfinden.

Das Ergebnis der Rundschau ist also überaus mager. Einig sind sich freilich alle Beteiligten darin, daß die Hoffnung der Unabhängigen, unsere Partei zur Auflösung zu bringen, eine Illusion gewesen ist. Das zeitweilige starke Anschwellen der Massen unabhängiger Nachläufer hat schon lange wieder aufgehört, weil jede Demagogie nur für kurze Zeit vorhält. Leider fallen die durch die Verhegung korrumpierten Unaufgeklärten meist in das Lager der Reaktion zurück. Die starke Zersplitterung, die gerade bei den Unabhängigen und Kommunisten in den letzten Wochen um sich greift, läßt ihnen wohl heute auch wieder den Gedanken der Einigung notwendiger erscheinen, als man dies nach den hochmütigen Redensarten der vergangenen Monate annehmen sollte.

Um so mehr wird sich die Partei davor hüten müssen, sich selbst unter dem Vorgeben der Einigung zersplittern zu lassen. Wir haben auf dem Gebiete ja Erfahrungen. Am 5. Januar war in Berlin der große Eichhornputsch, in der Nacht vom 5. zum 6. wurde die neue Revolutionsregierung Liebknecht-Ledebour-Scholz eingeleitet. Am 6. Januar fiel die Volksmarinendivision von den Revolutionären ab, am 7. erklärte sich die Garnison für neutral, und die Mehrzahl der Sicherheitsmannschaften verließ Eichhorn. In demselben Augenblick wurde die Einigungsparole ausgegeben und Riesenversammlungen der Berliner Arbeiter forderten die sofortige Beendigung des Parteistretes möglichst „über die Köpfe der Führer hinweg“. Natürlich war in keinem Augenblick an Einigung weniger zu denken, als in diesem, da allenthalben die Gewehre knatterten und die „Unabhängigen“, die den Kampf verloren hätten, die Entfernung der mehrheitssozialistischen Führer verlangten. Es war nur im letzten Augenblick der Notanter dieser Parole ausgeworfen worden, und sie entsprang der Hoffnung, vielleicht doch noch Verwirrung in die Reihen der Mehrheitspartei zu tragen. Denn

Herr Hans Leuß spricht in der „Welt am Montag“ ganz offen aus, daß die Bewegung zunächst die Organisationen der Mehrheitspartei heunruhigen und erschüttern wird. Und Herr v. Gerlach schimpft auch bei dieser Einigungsgelegenheit aus Leibesträften auf die Koserei, um dabei den Antisemitismus gänzlich zu vergessen. Ein so aufgemachter Einigungsversuch ist natürlich nur eine neue Anrempelung der Partei und verdient keine Beachtung.

Trotzdem muß der Einigungsgebanke festgehalten und mit allem Nachdruck verfolgt werden. In allen demokratischen Ländern, namentlich auch in Frankreich und England haben wir kleine Gruppen von Parlamentsgegnern, Syndikalisten und ähnlichen Ueberrevolutionären. In Deutschland haben wir deren vorläufig eine große Zahl, weil noch das Kriegselend nachwirkt und die Not groß ist. Das wird aber nicht ewig so bleiben. Bei den nächsten Wahlen werden die jegigen Mehrheitsparteien gewiß manche schmerzliche Einbuße erleiden, aber wenn nicht alles täuscht, die Mehrheit behaupten. Dann haben sie wieder vier Jahre Zeit zu regieren und werden das, je weiter wir vom Kriege wegkommen, um so leichter ohne Gewalt und Befehlungsstand tun können. Die Verhältnisse werden sich bessern und mit der Sättigung des Magens wird auch allmählich wieder die Vernunft bei den Menschen einziehen. Dann wird weder die zweite Revolution noch die Konterrévolution den Rest von Deutschland zertrümmern, sondern die demokratische Republik Land und Volk erhalten und allmählich zur sozialistischen Republik fortschreiten. Daß die Entwicklung diese Richtung nimmt, dafür haben wir alle Kraft anzuspannen. Nur dann wird die Masse des Proletariats wieder geschlossen vorwärts marschieren.

Deutsche Nationalversammlung.

Endlose Postberatung.

Die Mittwoch-Sitzung der Nationalversammlung brachte bei der Beratung des Vertrages mit Polen über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit kein Aufklaren der politischen Aussprüche mehr, auch der Etat des Reichspräsidenten wurde ohne jede Debatte angenommen. Dagegen ging die Beratung des Postetats weiter ins Endlose. Die Parteien beschränkten sich nicht auf einen Redner, der ihren Standpunkt dargelegt hätte, sondern es wurde wild drauflosgelegt. Die meisten Redner brachten viel Material, im einzelnen oft von viel zu geringem allgemeinen Wert, alles Dinge, die am besten wohl im Ausschuss erledigt worden wären. Man sollte sich doch endlich einmal darüber klar werden, daß für ins einzelne gehende Besprechungen nicht das Forum des Parlaments in Anspruch zu nehmen ist, das dadurch unnötig zu einer Quasibühne gestempelt wird, da eine Diskussion, bei der jeder Redner stundenlang spricht, notwendigerweise zum Aneinanderbereden führt. Und wie man vom Postetat zur Anderbeshränkungen kommen kann, zeigte der Deutschnationaler Vizentiat M u m m. Genosse Steinkopf trat warm für die Interessen insbesondere der Unterbeamten ein. Der Haushaltsplan der Reichspostverwaltung wurde angenommen.

Während der Sitzung des Plenums trug der Letztenauschuss, der sich mit der Festsetzung des Arbeitsplanes für die zweite Hälfte des Oktober befaßte. Präsident F e h r e n s b a c h berichtete dem Plenum vor Aufhebung der Sitzung über die Beratungen, geißelte die Zeitverschwendung, die die letzten Tage beherrscht hatte und bat alle Abgeordneten, sich bei der Beratung der weiteren Etats auf die großen Gesichtspunkte zu beschränken, da sonst der Gesamietat im Oktober nicht erledigt werden könnte, was wieder einen Notetat für November zur Folge haben müßte. Und das würde die denkbar schlechteste Wirkung bei der Bevölkerung haben.

Es ist zu hoffen, daß die Maßnahme des Präsidenten beherzigt werden wird, da sonst auch im November keine Pause in der gesetzgeberischen Arbeit eintreten könnte.

Mittwoch, 15. Oktober.

99. Sitzung.

Am Regierungstisch: Müller, Erzberger.

Der deutsch-polnische Vertrag.

Auf der Tagesordnung steht der deutsch-polnische Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit.

Minister des Auswärtigen Müller: Es handelt sich hier um ein Ergänzungsabkommen. Wenn wir bereits vor Inkrafttreten des Friedensvertrages mit den Polen zu einem solchen Abkommen gelangt sind, so geschieht das, weil wir ein besonderes Interesse daran haben, daß die Abwicklung der Verhältnisse in den östlichen Gebieten möglichst rasch erfolgt. So schmerzlich der Verlust rein deutscher Mitbürger ist, die an die Polen abgetreten werden müssen, so haben wir doch ein Interesse daran, daß möglichst korrekte Verhältnisse mit unseren polnischen Nachbarn eintreten. Die Verhandlungen sind durch den Wuttsch in Oeserschleien etwas verzögert worden. Der Kriegsgefangenenustausch mit Polen ist noch nicht vollzogen. Auch aus diesem Grunde war dieses Abkommen nötig. Zur Ueberwachung des Vertrages ist eine besondere Kommission vorgelesen.

Abg. H a u p m a n n (Dem.) teilt als Mitglied des auswärtigen Ausschusses mit, daß der Vertrag dort eingehend geprüft wor-

den ist. Die Angelegenheit ist dringlich, weil Leben und Freiheit zahlreicher Personen von dem Vertrag abhängen und weil der Vertrag die Voraussetzung für die rasche Durcharbeitung der übrigen dringenden Fragen ist, die die Beziehungen mit Polen betreffen. Der Redner schlägt vor, den Vertrag sofort in allen drei Lesungen zu verabschieden.

Der Vertrag wird darauf ohne weitere Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Ohne Aussprache angenommen wird auch der Haushaltsplan für den Reichspräsidenten.

Die Postverwaltung.

Die Aussprache über den Haushaltsplan der Post- und Telegraphenverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. B e u e r m a n n (Dp.): Die Missstände im Telegraphen- und Telephonverkehr werden verschwinden, wenn das Publikum mehr Selbstkritik übt. In Berlin sind im September an einem Tage 161 000 Telegramme aufgegeben worden. Da ist sicher viel Ueberflüssiges dabei gewesen. Die Entfernung der Besetzung „latente“ bei Aufschriften an Postgebäuden und der latente Zeichen bedeutet manchmal einen Vandalismus, der nicht gebilligt werden kann.

Abg. J u b e l l (NE): Es herrscht immer noch Ueberfluß an Aufsichtsräten und Mangel an wirklich arbeitendem Personal. Das war bei der Post vor dem Krieg so und ist jetzt nicht anders geworden. Der Beamte muß noch in den Jahren das Höchstgehalt erreichen, in denen er noch genutzfähig ist. Die Gehaltsreife wird vielfach noch mißbraucht. Beamte und Beamtinnen müssen einander gleichgestellt werden. Auch die Beamtin muß das Recht erhalten, zu heiraten, ohne aus dem Dienst ausscheiden zu müssen. Es herrscht noch immer ein ganz inhumanes System der Telephonstipendie.

Abg. S t e i n k o p f (SD): Die Beamten haben das Vertrauen zum Minister, daß er die jetzt geltende Personalordnung durch eine solche ersetzen wird, die den berechtigten Ansprüchen der Beamten nachkommt. Wir werden alles aufbieten, damit die mittleren und unteren Beamten rechtlos zufriedener gestellt werden. Mit der Ueberführung der geprüften unteren Beamten in den mittleren Dienst sollte sich der Minister eingehend beschäftigen. Der Wert der Prüfungen ist sehr fraglich. Die Anstellung der Beamten darf nicht von der Günstigkeit der Zeit abhängig gemacht werden. Mit der Bezeichnung Unter-, Mittel- oder Oberbeamte muß aufgeräumt werden. Es soll künftig nur mehr Beamte geben. Die Behandlung der Unterbeamten durch die höheren Beamten läßt noch viel zu wünschen übrig. Der Aufstieg der Beamten von einer Klasse zur anderen wird grundfänglich möglich sein. Die Klagen über unbillige Entlassungen wollen nicht verstummen. Die ledigen Beamten sollten den verheirateten Kindern gleichgestellt werden. Für das Streikrecht und die geheimen Personalakten gilt für uns der Standpunkt, der in der Verfassung festgelegt ist. Der Beamte hat ein Recht, in die Personalakten über seine ganze Dienstzeit Einsicht zu nehmen. Wir begrüßen es, daß noch vor Inkrafttreten des Betriebsratsgesetzes Beamtenräte eingeführt werden. Es darf nicht vorkommen, daß Beamten ihre politische Tätigkeit durch Verhegung erschwert wird. Die Verhegung der Wünsche der Festangestellten wird sicherlich dazu beitragen, den Postbetrieb wieder so zu gestalten, wie er einmal war: gut, schnell und verlässlich.

Abg. R o c h - W ü n t e r (Z): Jedes Spielchen mit dem Strafgedanken in der Beamtenenschaft ist streng zu verwerfen. Hände weg vom Streik! Die Beamtenenschaft muß zurück zu der alten Pflichterfüllung, Treue und Diensttreue.

Reichsminister G i e s b e r t s: Es ist mir nicht möglich, alle Einzelfragen heute zu behandeln. Alle hier vorgebrachten Anträge werden aber geprüft und dann in entsprechenden Reformen vorbereitet werden. Das gilt besonders von der Personalreform, für die als Grundgedanke maßgebend sein wird, den Aufstieg der Beamten zu erleichtern. Ob weibliche Beamte im Dienst gelassen werden sollen, wenn sie heiraten, darüber muß von der Regierung entschieden werden. Dem Mißbrauch der Postfreiheit wird am besten dadurch begegnet, daß die ganze Gehaltsfreiheit beseitigt wird. Hierzu sind bereits Schritte eingeleitet worden. Die Einrichtung der Beamtenauschüsse, wie sie jetzt besteht, gefällt mir auch nicht. Es ist aber bedenklich, jetzt eine Änderung vorzunehmen. Wir müssen erst das Betriebsratsgesetz erwarten.

Es sprechen noch die Abg. K e m m e r s (Dem.) und M u m m (Dp.) Nach einer kurzen Erwiderung des Reichspostministers G i e s b e r t s über Beamtenauschüsse und Postfreiheit schließt die Besprechung. Die Entschliegung Alkotke (Z) über Abänderung der Betriebsordnung wegen der Verwendung von Postwagen als Schutzwagen wird angenommen; ebenso der ganze Haushaltsplan der Reichspostverwaltung.

Präsident F e h r e n s b a c h teilt mit, daß der Letztenauschuss getagt und beschlossen hat, eine längere Pause erst nach Erledigung des Gesamietats und, wenn möglich, der Reichsabgabenordnung einzutreten zu lassen. Das wird nicht vor dem 20. Oktober der Fall sein. Der Präsident ermahnte deshalb zu weiter Selbstbeschränkung im Reden.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Mündlicher Bericht des Untersuchungsausschusses über die den Unterausschüssen zu gewährenden Rechte. Zweite Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern, in Verbindung damit Interpellation über die Schundliteratur. Schluß 6 Uhr.

Schwierigkeiten nach der Ratifikation

Aus Bern meldet man der „Köln. Ztg.“: Der Ausführung des Friedensvertrages von Versailles stellen sich, trotzdem die Ratifikation durch drei Großmächte genügt, um ihn in Kraft treten zu lassen, Schwierigkeiten entgegen. Zahlreiche Klauseln beziehen sich auf internationale Körperschaften, an denen Vertreter der Staaten teilnehmen müssen, die den Friedensvertrag noch nicht ratifiziert haben. Es ist nun fraglich, ob diese Staaten ihre Vertreter vor der Ratifikation ernennen können und ob sie das wollen. Falls sie das wollen, erhebt sich die Frage, ob und wo

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Mißverständnis.

Ein Berliner Blatt hat Kritik daran geübt, daß Reichswehrminister Koste in einer Ansprache vor Reichswehrtruppen in Oberschlesien gesagt haben sollte, wir würden nie zulassen, daß ein Fußbreit deutschen Bodens an die Polen abgetreten würde. Selbstverständlich hat er, wie den „P. B. N.“ von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, eine Aeußerung in dieser mißverständlichen Form nie getan, noch eine derartige Pressenotiz veranlaßt. Während seiner Besichtigungsreise nach Oberschlesien hat Reichswehrminister Koste vor den dortigen Reichswehrtruppen mehrere Ansprachen gehalten, in denen er den Soldaten seinen Dank dafür ausdrückte, daß sie die deutsche Heimat erfolgreich beschützt hätten, und seiner Zuversicht Ausdruck gab, sie würden auch fernerhin dafür sorgen, daß vor Vollziehung des Friedensvertrages kein Fußbreit deutschen Bodens an die Polen falle.

Keine Wahl von Arbeiterräten!

Der Zentralrat, gez. Cohen, erläßt eine Bekanntmachung an alle Arbeiterräte, in der er ersucht, von der allgemeinen Wahl von Arbeiterräten bis zur reichsgesetzlichen Regelung der Arbeiterratsfrage Abstand zu nehmen. — Die Geschäftsräume des Zentralrats der deutschen Arbeiterräte befinden sich nicht mehr im Herrenhaus, sondern von heute ab in den Felken 23, Berlin NW. 40, Telefon: Hanja 1424/25.

Das Befinden Haases verschlechtert.

Wie die „P. B. N.“ aus parlamentarischen Kreisen erfahren, hat sich der Zustand des Abgeordneten Haase seit Dienstag Abend leider erheblich verschlimmert. Der Patient hat hohes Fieber und ist bewusstlos. Die Ärzte haben beschlossen, angesichts seines Schwächezustandes von der als notwendig erkannten neuen Operation vorläufig Abstand zu nehmen. Unter den „unabhängigen“ Abgeordneten herrscht größte Besorgnis über das Befinden ihres Führers.

Eine merklige Besserung der Brennstoffabfuhr.

Selbstamtlich wird gemeldet: Infolge der Sperrmaßnahmen der Eisenbahnverwaltung ist in der vorigen Woche eine merklige Besserung in der Brennstoffabfuhr zu verzeichnen gewesen. Infolge weiterer Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung, die zugunsten der Brennstoffabfuhr eingeleitet sind, hofft man, daß in den nächsten Tagen eine weitere Besserung eintritt und in größerem Umfang auch von den Halbenbeständen, die infolge der schlechten Wagengefüllung in den letzten Wochen auf fast 700 000 Tonnen angewachsen sind, abgefahren werden kann.

Die sächsischen Bergarbeiter haben sich mit Rücksicht auf die Kohlennot bereit erklärt, in diesem Jahre auf Ferien zu verzichten, wenn den Arbeitern mit sechs- bzw. dreitägigem Ferienanspruch 100 bzw. 50 Mk. Entschädigung gewährt werden.

Die Streiks in Groß-Berlin.

Wie der deutsche Metallarbeiterverband mitteilt, wurde Mittwoch in einer Sitzung der Ber-Kommission und der Gewerkschaftskommission der Streik der Seizer und Maschinisten für kommenden Sonntag beschlossen, da eine Antwort auf das verlängerte Ultimatum von den Metallindustriellen nicht eingegangen ist. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß Arbeitsverhältnisse weiter verschlechtert werden sollen, desgleichen die Arbeiter in den Gaswerken. Auch soll dafür Sorge getragen werden, daß die Lebensmittelversorgung nicht stockt.

Von den Hilfsbeamten ist Mittwoch trotz des Streiks ein Teil, besonders Ältere, zur Arbeit erschienen, so daß es möglich gewesen ist, den Betrieb, wenn auch in beschränktem Maße, aufrecht zu erhalten. Allerdings ist der Betrieb in den amtlichen Büros außerordentlich erschwert, teilweise sogar völlig brachgelegt. Streikposten der Hilfsbeamten verhielten das Publikum am Eintritt in das Rathaus zu verhindern. In einzelnen Stellen ist Gewalt gebräuchlich worden. Namentlich waren es Frauen, denen der Eintritt verweigert wurde. Einige Fälle wurden festgestellt, in denen Arbeiterfrauen zur Kohlenverladerung nicht durchgelassen wurden. Erst auf Ansuchen gelangten sie ins Rathaus.

Auch in Spandau sind die Magistratssträße in eine Bahnbewegung eingetreten. Zu einem Streikbeschluss ist es bis jetzt noch nicht gekommen.

Scheidemann als Zeuge im Aufrührerprozess.

In dem Aufrührerprozess wegen der Besetzung der Berliner Zeitungen war wiederholt beantragt worden, den damaligen Vizepräsidenten Scheidemann als Zeugen darüber zu vernehmen, daß er der Besetzung des „Vorwärts“-Hauzes den Schutz des Gebäudes übertragen und sie gewissermaßen als bewaffnete Macht anerkannt habe. Diese Anträge sind bisher immer von den Gerichten abgelehnt worden. Jetzt aber hat der Schwurgerichtshof die Vernehmung Scheidemanns beschlossen. Außerdem soll der in verschiedenen Prozessen als Lockspitzel bezeichnete Kellner Roland zum ersten Male als Zeuge vernommen werden.

Schlimme Praktiken der „Freiheit“.

Die „Freiheit“ verbreitet in groß anigemachter fetter Ueberschrift die Nachricht von der Eroberung Rigas durch die Deutschen. Sie drückt darunter den Bericht des „Dailly Chronicle“ ab, muß aber sofort zugeben, daß es sich hierbei allem Anscheine nach um eine verüßte Alarmnachricht handelt. Solche Methode stellt die schlimmsten Praktiken der Sensationspresse in den Schatten, erinnert aber zugleich an die offen zugegebenen Denunziationsabsicht des Herrn Henke. Das Vorgehen der „Freiheit“ ist umso bedauerlicher, als auch sie wissen mußte, daß bei den Truppen, die etwa gegen Riga geführt werden, sich kein Mann befindet, über den die deutsche Regierung Befehlsgewalt ausübt oder auch nur ausüben könnte.

Die Wachtparade.

Eine Korrespondenz verbreitet die Nachricht, daß die Entente das Anziehen der Berliner Wachtparade für jetzt verboten habe. Diese Nachricht ist, wie die „P. B. N.“ erfahren, unzutreffend. Es sind nur Gründe der Zweckmäßigkeit, die es bedingen, daß die vorhandenen militärischen Kräfte nicht für zwecklose Schaustreife, sondern für notwendige Aufgaben Verwendung finden. Die vor wenigen Tagen vollzogene Einholung der Fahnen der abgerückten schleswig-holsteinischen Regimenter beweist übrigens, daß gegebenenfalls von dieser Grundregel abgewichen wird.

Schluss der Frankfurter Messe.

Die erste Frankfurter Anfahrmesse ist Mittwoch Abend 6 Uhr zu Ende gegangen. In geschäftlicher Beziehung dürfte

allgemeine Zufriedenheit festgestellt werden. Einzelne Substraten haben wider Erwarten gut abgeflissen.

Kleine politische Nachrichten.

Der deutschnationale Abg. Wallbaum hat sein Mandat zur Nationalversammlung niedergelegt. An seine Stelle tritt für den Wahlbezirk Münster-Minden der Landwirt Siefermann. Wallbaum ist Redakteur an der offiziellen „Deutschen Allgem. Zeitung“.

Der Parteitag der „Unabhängigen“ findet vom 10. bis 12. November in Leipzig statt.

Der Eisenbahnminister hat, wie die „P. B. N.“ erfahren, zur Befhebung der Betriebschwierigkeiten im Osten vorübergehend eine „Generalbetriebsleitung Ost“ eingerichtet, die die Betriebsführung in den östlichen Direktionsbezirken von einer Zentrale aus leiten soll.

Das in Danzig erscheinende Organ der „Unabhängigen“, „Das freie Volk“, wurde vom Oberpräsidenten von Westpreußen wegen Abbruchs des belannten in der Berliner „Freiheit“ erschienenen Artikels „Arbeiter! Parteilosen!“ auf drei Tage verboten. Der Reichswehrminister hat ferner die polnisch-litauische illustrierte Wochenzeitschrift „Faun“ (Verlag Berlin SW. 47) bis auf weiteres verboten und sämtliche vorhandenen Nummern von der ersten Ausgabe 1918 bis zur neuesten Nummer beschlagnahmt.

Das Todesurteil gegen den Koigardisten Kammerleiter in München ist Mittwoch nachmittag im Hofe des Gefängnisses Stadelheim durch Erschießen vollstreckt worden. Es ereignete sich keinerlei Zwischenfall.

Die österreichische Regierung hat das Verlangen der hagerischen Regierung nach Auslieferung Lewens abschlägig beschieden, weil es nicht den Ansichten der österreichischen Regierung entspreche, politische Verbrecher auszuliefern.

Am 2. März d. J. während der Besetzung Salles durch Regierungstruppen war bekanntlich Oberst v. Kübler von einer erregten Volksmenge in die Saale geworfen und, als er sich durch Schwimmen zu retten versuchte, durch einen Schuß getötet worden. Das Schwurgericht Halle verurteilte die Hauptschuldigen, und zwar den Militärintendanten Otto Bauer zum Tode, den Arbeiter Fiedler zu 9 Jahren Zuchthaus und den Schauspieler Gierhold zu 15 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. Die von den Verurteilten beim Reichsgericht eingelegte Revision ist jetzt verworfen worden.

Die russische Nordwestarmee hat Pleskow von den Bolschewiken zurückerobert. Auch sonst geht es wieder einmal den Bolschewiken nicht zum besten. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ machte die Armee Denikin nordwestlich von Woponesch 9000 Gefangene.

Nach Meldungen aus Sofia ist das bulgarische Ministerium Stambulinski jetzt endgültig gebildet.

Oesterreich.

Rücktritt Otto Bauers.

Dr. Otto Bauer, der etwa auf dem Standpunkt der deutschen „Unabhängigen“ steht, hat sein Amt als Staatssekretär niedergelegt. Im Kreisarbeiterrat hat er seinen Rücktritt damit begründet, daß die Koalition mit den bürgerlichen Parteien unbedingt weitergeführt werden müsse, weil eine reinsozialdemokratische Herrschaft zur Entrennung der Länder und zum blutigen Bürgerkrieg, sowie zur Ausgrenzung durch die Entente führen würde. Eine Alleinherrschaft der Bourgeoisie werde den Widerstand der Arbeiter hervorrufen und von den Wiener Arbeitern nicht gebildet werden. Es bleibe also nichts anderes übrig, als die Koalition. Bauer erklärte schließlich, daß er der neuen Regierung nicht mehr angehören werde, weil man in Frankreich wegen seines Eintretens für den Anschluß an Deutschland ihn in jeder Weise bekämpfe. Wenn auch aus seinen Schriften hervorgehe, daß er weder ein Anhänger des Staatsbankrotts, noch ein Bolschewist sei, so werde das trotzdem von den Anschlußgegnern immer wieder behauptet und in Frankreich auch geglaubt, und Deutsch-Oesterreich würde infolgedessen die ihm unbedingt notwendigen Kredite nicht erhalten, wenn er, Bauer, in der Regierung säße. Er glaube als einfacher Abgeordneter bei der Beratung der Finanzreform für die Partei mehr leisten zu können. In diesem Sinne beschloß dann auch der Kreisarbeiterrat.

Die Tiroler Sozialisten für den Anschluß an Deutschland.

In Innsbruck fand eine Massenversammlung der Sozialdemokraten statt, in der die Landesräte Abram und Scheibin mit energischen Worten den Anschluß an Deutschland neuerlich verlangten.

Italien.

Bauernunruhen auf Sizilien.

Nach Meldungen aus Sizilien ist es in Riesi nach einer Versammlung von 5000 Bauern, die über die Besitzergreifung der größeren Güter berieten, zu Unruhen gekommen, wobei 7 Bauern getötet und 20 verwundet wurden. Schließlich mußten sich jedoch die Truppen vor den rebellischen Bauern zurückziehen.

Frankreich.

Der Senat für Deutschlands Entwaffnung.

Der französische Senat genehmigte eine Entschließung hinsichtlich der Entwaffnung Deutschlands und der Bevorratung Frankreichs bei den von Deutschland zu leistenden Zahlungen. Er nahm weiter den Entwurf an, wonach für die Wahlen verschiedene große Departements in Unterabteilungen gegliedert werden.

Beschärfter Belagerungszustand in Vrest.

Rotterdam, 15. Oktober. Ueber Vrest ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. In der Stadt herrscht vollkommenes Anarchie. Inzwischen trafen vier Kavallerieschwadronen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ein. Alle öffentlichen Gebäude sind besetzt.

Die Mobilmachung aufgehoben.

Durch ein Dekret des Präsidenten der Republik ist die allgemeine Mobilmachung der französischen Armee Mittwoch aufgehoben worden.

Türkei.

Die neue jungtürkische Bewegung.

Das neue türkische Kabinett hat schon starke Beweise seiner jungtürkischen Gesinnung zu erkennen gegeben. Mustafa Kemal wurde sofort wieder zum Rang eines Generals erhoben. Die Herausgabe des jungtürkischen Organs wurde wieder gestattet.

Brafilien.

Brafilien für Aburteilung Wilhelms des Siegen.

Der Haager „Nieuwe Courant“ meldet aus Rio de Janeiro, daß die Kommission der beiden Kammern für den Friedensvertrag für ein Verfahren gegen denormaligen deutschen Kaiser ist, das sie als gesetzlich ansieht, jedoch gegen ein Todesurteil, das im Widerspruch zum brasilianischen Gesetz stehen würde.

die Ernennung tätig sein können. Dies bezieht sich namentlich auf die Errichtung des Völkerbundes, der ein Hauptbestandteil des Versailler Friedensvertrages ist. Wenn der Rat des Völkerbundes sich versammelt und die Vertreter der Vereinigten Staaten und Japan teilnehmen, die noch nicht ratifiziert haben, so könnten Zweifel entstehen, ob die gefassten Beschlüsse bindend sind. Wenn die Vertreter jener beiden Mächte aber nicht teilnehmen, dürften sich diese Staaten durch die Beschlüsse nicht gebunden fühlen. Weiter ist die Fortführung der Arbeit des Obersten Rates der Konferenz unvereinbar mit der gleichzeitigen Tätigkeit des Völkerbundes.

Die Lage im Baltikum.

Die Lage im Baltikum gestaltet sich heute so, daß ein Teil der Truppen sich zur Rückkehr nach Deutschland bereit erklärt hat, während der größere Teil der Truppen seinen Wehrdienst in russische Dienste vollzog. In den letzten Tagen haben bereits heimkehrende Truppentransporte die Reichsgrenze überschritten, doch handelt es sich meist nur um kleinere einzelne Formationen. Wie die „Information“ erfährt, sollen im Baltikum am 1. Oktober noch 92 000 Mann deutsche Truppen gestanden haben. Die Berliner Entente-Kommission behauptet, daß hier von 5000 Mann sich auf dem befohlenen Rückmarsch nach der deutschen Grenze befinden. Die Sperrung der Grenze nach dem Baltikum ist auch für den Personenverkehr vollkommen durchgefallen.

Von einem Rücktrittsgesuch des Generals von der Goltz ist, wie die „P. B. N.“ erfahren, den zuständigen Stellen noch nichts bekannt. Graf von Goltz wird in der nächsten Zeit in Berlin erwartet; erst dann wird man über Rücktrittsabsichten und ein Rücktrittsgesuch näheres mitteilen können.

Die „Times“ meldet aus Paris: Die Befestigung des Friedenszustandes mit Deutschland ist bis zur Erledigung des Baltikum-Touffiles zurückgestellt worden.

Die Sperrung der Ostsee.

Die von der Entente wegen der Wirren im Baltikum über die Ostsee verhängte Blockade wächst sich immer mehr zu einer schweren Schädigung der deutschen Fischerei aus. Nach Mitteilung der internationalen Marinokommission erstreckt sich die Sperrung für deutsche Schiffe in der Ostsee sogar auf die deutschen Territorialgewässer. Derartige scharfe Sperren sind nur geeignet, im ganzen deutschen Volke, vor allem aber bei den Betroffenen, der an den Verhältnissen im Baltikum völlig unbeteiligten Küstenbevölkerung, berechtigten Erbitterung hervorzurufen. Infolge der Blockade hat sich vor der holländischen Mündung eine große Flottille von Dampfern und Seglern angeammelt, die ihre schwärzliche Fahrt hier zunächst unterbrechen mußten. Von Schwierigkeiten, die den in See befindlichen kleineren Dampfern widerfahren wären, ist bisher allerdings noch nichts bekannt geworden. Die deutschen Dampfer „Arantia“ und „Kronshagen“ haben in der westlichen Ostsee englische Kreuzer unbehelligt passieren lassen und sind auf der holländischen Küste eingetroffen. Nicht alle deutschen Schiffe sind jedoch so glücklich davongekommen. Der Amsterdamer „Telegraaf“ meldet aus London, daß der britische Torpedobootzerstörer „Wetsrott“ während der letzten zwei Tage sechs deutsche Handelschiffe nach Royal eingebracht hat. Ferner sind nach einer Meldung aus Königsberg zwei Seefischer, die mit Kohlen nach Königsberg geladen waren, von der Entente beschlagnahmt worden. Die Schiffe sind mit Kohlen im Werte von einer halben Million beladen und warten für eine Königsberger Kohlenexporthandlung bereit.

Der Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

L. U. Amsterdam, 15. Oktober. Aus Washington wird gemeldet: Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Senats hat mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand Wilsons den Beschluß gefaßt, auf die von der Kommission früher verlangte Erklärung Wilsons über die griechischen Ansprüche in Thrazien und die chinesisch-japanischen Beziehungen zu verzichten. Die Republikaner erklären im Hinblick auf die erfolgte Ratifikation des Friedensvertrages von Versailles durch Frankreich, England und Italien, daß der amerikanische Senat sich keineswegs mit der Debatte über den Vertrag und dessen Ratifikation zu befassen habe.

Simland gegen den Frieden mit Sowjet-Rußland.

W. J. B. Helsinki, 15. Oktober. Die finnische Regierung befaßt sich mit dem Friedensangebot Räte-Rußlands und beschloß, dem Reichstag einen ablehnenden Vorschlag vorzulegen.

Japans Ratifizierung.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Der japanische Staatsrat genehmigte den Friedensvertrag. Der Vertrag wird dem Kaiser zur Ratifizierung vorgelegt.

Die Slowakei fordert volle Selbstständigkeit.

Der „Slovenska Zeitung“ zufolge nahm die revolutionäre Führung in der Slowakei und ganz Oberungarn einen solchen Umfang an, daß die Prager Regierung sich veranlaßt gesehen hat, Pater Hlinka sowie einen großen Teil der slowakischen Führer, die seinerzeit den Entschluß der Tschecho-Slowaken anerkannt, zu verhaften und die Militärverwaltung zu verhängen. Die Slowakei fordert vollständige Autonomie. Die Bewegung greift bereits auf die Ruthenen in der Karpatengegend über, wo sie stellenweise durchaus russisch-bolschewistische Charakter angenommen haben soll. Auch in Kaschau organisieren die Slowaken eine große Aufstandsbewegung, deren Programm die völlige Unabhängigkeit der slowakischen Gebiete und der Abfall von Prag, aber auch die Unabhängigkeit von Ungarn ist.

Eine neue Republik.

Wiener Blättern wird aus Preßburg berichtet: In Eszwar wurde eine selbständige karpatisch-ruthenische Republik proklamiert. Es handelt sich offenbar wieder um die Gründung einer neuer Republik, die kaum von langem Bestand sein wird und das Chaos nur noch vergrößert.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Donnerstag, 16. Oktober.

Der Bürgerausschuss hält am Montag eine außerordentliche Sitzung ab. Am Mittwoch war er beschlußfähig.

Das Finanzamt. Der Senat hat bestimmt, daß hinsichtlich der Verwaltung der Grunderwerbsteuer das Steueramt bis auf weiteres als Finanzamt und die Steuerbehörde als Landesfinanzamt gilt.

Durchsichtige Sache. In einer öffentlichen Versammlung in Altona hatte, wie die „W. B. N.“ hören, ein zurückgekehrter Kriegsgefangener erklärt, es seien in deutschen Kriegsgefangenenlagern von Bordeaux und Umgebung Plakate angeschlagen worden, welche besagten, daß die deutsche Regierung, insbesondere Herr Erzberger, kein Interesse an der Heimförderung der Kriegsgefangenen nach Deutschland hätten. Auf Wunsch des Herrn Erzberger ist eine Untersuchung in Frankreich erfolgt. Das Untersekretariat der französischen Militärjustiz teilt nun mit, daß nach Erkundigungen in den Gefangenenlagern von Bordeaux und Umgebung über diese Plakate nichts bekannt ist.

Forderungen der Arbeiter des Hochofenwerks. Die Direktion des Hochofenwerks schreibt uns: Der Arbeiterausschuss des Hochofenwerks ist an die Direktion des Werkes mit neuen Forderungen herantretend. Obgleich der unter Mitwirkung des Bundes der Arbeiter und des Metallarbeiter-Verbandes abgeschlossene Tarifvertrag bis zum 1. Dezember dieses Jahres rechtskräftig ist, fordert der Arbeiterausschuss eine Wirtschaftlichkeits- bzw. Ankaufshilfe in Höhe von 200 Mk. für ledige Personen unter 20 Jahren, 400 Mk. für ledige Personen über 20 Jahre, 600 Mk. für verheiratete Personen, 100 Mk. für jedes zu unterhaltende Kind. Die Bewilligung dieser Forderung würde eine einmalige Auszahlung der gewaltigen Summe von 743 000 Mk., d. h. beinahe die Höhe der diesjährigen Dividende bedeuten. Aufsichtsrat und Direktion haben es abgelehnt, eine Wirtschaftlichkeits- bzw. Ankaufshilfe zu zahlen. Der Arbeiterausschuss hat infolgedessen die Entscheidung des Schlichtungsausschusses angezweifelt und steht zu hoffen, daß der besonnene Teil der Arbeiterklasse des Hochofenwerks sich der großen Verantwortung seiner Entschlüsse bewußt ist, und daß nicht durch unvernünftige Ratgeber das gesamte Wirtschaftsleben Lübecks in Mitleidenschaft gezogen wird. — Wie die „Lübeckischen Anzeigen“ berichten, hat der Schlichtungsausschuss die Forderungen abgelehnt.

Das Druckschloß für Safer endete mit dem 15. Oktober. Die Kommunalverbände werden angewiesen, zur Sicherung der Wirtschaften die zur Unterstutzung des Druckschloßes bereits erlassenen Ausführungsverordnungen für Safer zu verlängern oder neue Ausführungsverordnungen zu erlassen. Diese Ausführungsverordnungen werden erst aufgehoben werden, wenn der einzelne Kommunalverband mindestens die Hälfte der auf ihn entfallenden Saferumlagen erfüllt haben wird. Die Vorschrift, daß der Bohrtariff von Safer nur mit Genehmigung des zuständigen Kommunalverbandes erfolgen darf, wird bis auf weiteres aufrechterhalten. Die 25-prozentige Lieferungsumlage muß am 1. Dezember, die 50-prozentige bis zum 1. Januar erfüllt sein.

Der Kampf gegen das Schieberwesen geht das Reichsverwertungsamt mit ganz besonderem Hochdruck fort. Von welcher Wirkung sein Vorgehen ist, zeigt die täglich wachsende Zahl von aufgedeckten Schieberungen und die vielen Beschlagnahmen, die an das Publikum für Anzeigen bezahlt werden. Aber auch die Drohbriefe mehren sich, die den beteiligten Beamten zugehen und die in dem einen oder anderen Falle auch ernst zu nehmen sind. Um den Kampf möglichst im ganzen Lande führen zu können, hat das Reichsverwertungsamt schon vor einiger Zeit bei seinen über das gesamte Reich verbreiteten Zweigstellen besondere „Erfahrungsausschüsse“ und in mehreren Städten, die unter der Schieberplage besonders stark leiden, auch Kriminalpolizeistellen eingerichtet. — Der Kreisverein Lübeck des Verbandes mittlerer Bahn-, Post- und Telegraphenbeamten fordert in einer Entschlossenheit selbständiges Jenjur- und Beschlagnahmerecht gegen den Schieberverkehr.

Sonderzulagen für Hilfe bei der Kartoffelernte. Die Reichskartoffelstelle hat mit Zustimmung des Reichsernährungsministers die Kommunalverbände bzw. die Kartoffelerzeuger ermächtigt, den von auswärtigen Hilfsleistungen bei der Kartoffelernte zugezogenen Arbeitern bis zu zwei Pfund Kartoffeln für jeden von ihnen gerodeten Zentner Kartoffeln abzugeben. Als Höchstgrenze der zu gewährenden Kartoffelmengen sind fünf Zentner für jeden Kartoffelacker und je eine seiner Haushaltungsangehörigen festgelegt. Beim Arbeitsnachweis des Inf.-Regt. 162. Ute Kaserne, Zimмер 80 und 78, werden Meldungen für die Entarbeit entgegengenommen und die näheren Bedingungen über Arbeitsverhältnisse mitgeteilt.

Eine wichtige Entscheidung für das Gastwirtsgererbe. Der Reichswirtschaftsminister erteilte auf eine Eingabe des deutschen Gastwirtsverbandes vom 10. September d. J. über Abbau der Zwangswirtschaft und Milderung der Schleichhandelsbestimmungen für die Gastwirte jetzt einen ablehnenden Bescheid. Der Reichsarbeitsminister hat eine weitergehende Einschränkung der Bewirtschaftung für das laufende Wirtschaftsjahr voraussichtlich nicht für möglich. Eine Ausnahmebestimmung zu § 1 der Schleichhandelsverordnungen zugunsten des Gastwirtsgererbes wäre eine Bevorzugung eines Standes, die größte Unruhe und Erbitterung in den übrigen Bevölkerungskreisen veranlassen würde.

Wegen mehrfachen Einbruchdiebstahls standen am Mittwoch vier junge Burschen, A., We., Wa., und K., vor der Strafkammer. A. der Hauptbeteiligte, ist Schlosserlehrling und wurde gefesselt vorgeführt. Die jugendlichen Sünder hatten im Frühjahr und Sommer dieses Jahres in der Stadt und in den Vorstädten durch Einbruch, Lebensmittel, Getränke, Zigarren, Geld, Gold- und Silbergegenstände, Kleidungsstücke, kurz alles, was sie ertümelten konnten, gestohlen. Zunächst verurteilte der Schlosserlehrling A. allein fünf Einbruchdiebstähle. Später beteiligten sich die übrigen drei Angeklagten an diesem einträglichen Geschäft. Mit Ausnahme von We. sind alle schon vorbestraft. Der Hauptbeteiligte A. erhielt 2½ Jahre, Wa., 6 Monate, K. 1 Jahr und We. 4 Monate Gefängnis. Letzterer hatte bei den Einbrüchen hauptsächlich Wasche gestohlen. Bei der Abführung verurteilte der zu 2½ Jahren verurteilte A. zu fliehen, wurde aber im Gerichtsgebäude wieder ergriffen.

Mehr Rücksicht auf die heimkehrenden Kriegsgefangenen. Die Zentrale für Heimadient, Bezirk Lübeck, schreibt uns: Es hat leider in der letzten Zeit festgestellt werden müssen, daß das Reisepublikum auf heimkehrende Kriegsgefangene keinerlei Rücksicht nimmt. Dieser bedauerliche Zustand muß die Kriegsgefangenen ohne weiteres unangenehm berühren. Es wird deshalb an alle Reisenden die dringende Bitte gerichtet, die nun endlich zurückkehrenden Gefangenen nach Möglichkeit zu unterstützen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, damit sie sich auch wirklich daheim fühlen und die schwere Zeit der Gefangenschaft möglichst rasch vergessen.

Ein bedauerliches Feuer entstand Mittwoch abend gegen 10 Uhr in der Großen Alsterstraße. Es wurde in der 2. Etage des Hauses Nr. 17 zuerst bemerkt und verbreitete sich sofort über die Häuser 11, 13 und 15, wo die Dachstühle ausbrannten. Die Luft war voll glühender Schwäne, die wahrscheinlich aus der Tischlerei emporglühten. Die Feuerwehr war sofort mit der Autospritze zur Stelle, auch das Feuerlöschmotorboot „Mols“ trief tatkräftig mit ein. Die Hauptgefahr war bereits gegen 11 Uhr beseitigt. Die dort wohnenden kleinen Leute sind schwer geschädigt, da ihr Inventar, soweit es nicht vom Feuer vernichtet wurde, durch Wasser stark gestunken hat. Die Ursache des Feuers ist noch nicht festgestellt. Heute morgen war die Feuerwehr noch mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt.

Den Gerichtsdienern und Gefangenenaufsichtern ist in Preußen der Titel „Königliche“ wieder verliehen worden. Die Brodenjammung, die vor dem Kriege und noch während der ersten Kriegsjahre die minderbemittelte Bevölkerung mit

gebrauchter Kleidung, die ihr von den begüterten Klassen der Stadt unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden, versehen konnte, mußte lange Zeit ihre Porten geschlossen halten. Minderbemittelten verbot die unerschwinglichen Preise die notwendigen Kleidungsstücke zu kaufen, weshalb die Brodenjammung um weitere Zuwendungen bittet. Postkarte oder Fernruf 8718.

Sanitätstheater. Am Freitag findet die Erstaufführung der neu-einstudierten Operette von Oscar Strauß „Ein Walzertraum“ statt. Sonnabend und Sonntag abend wird „Ein Walzertraum“ wiederholt. — Es ist der Direktion gelungen, mit den Hamburger Kammeropern ein Gastspiel zu vereinbaren. Die Hamburger werden am Donnerstag, 23. ds. Mts., mit dem berühmten Webersindischen Werke „Die Blüthe der Pandora“ nach Lübeck kommen. In Hamburg wird „Die Blüthe der Pandora“ in dieser Woche zum 100. Male gegeben.

Stadttheater. Die erste Veranstaltung im Schauspielplan findet am Sonntag, dem 19. Oktober vormittags 10½ Uhr statt. Nach einem einleitenden Vortrag von Karl Heidmann wird das alte Kuppenspiel vom Doktor Faust in der Fassung des Oberregisseurs Rudolf von Losow gegeben. Am Sonnabend wird zum erstenmal die Operette „Nacht in Venedig“ von Johann Strauß gegeben.

Polizeibericht. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Schwartau, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls festschuldig verfolgt wurde. Weiter wurde ein Schlosser aus Braunschweig festgenommen, der zwecks Verhütung einer 7monatigen Gefängnisstrafe seitens der Staatsanwaltschaft in Braunschweig festschuldig verfolgt wurde. Ein Arbeiter aus Travemünde, der von der Staatsanwaltschaft Altona wegen Diebstahls gesucht wurde, wurde gleichfalls festgenommen. — In Plauen wurde ein Oberrealistischer Schüler und früherer Reichswehrangehöriger festgenommen, der unter der Vorgabe, er sei beauftragt, für die Reichswehr Einkäufe zu machen, zwei hiesige Geschäftsleute um Waren von erheblichem Werte geschädigt hatte. Der Betrüger führte, um seine Angaben glaubhaft zu machen, Stempel der Reichswehr bei sich. — Die hier am 7. ds. Mts. festgenommenen beiden Fahrtrabdiere, ein Meister aus Kiel und ein Handlungsgehilfe aus München-Gladbach, sind nunmehr überführt, hier zwei Fahrtrabdiere begangen zu haben. Es konnte ihnen ferner nachgewiesen werden, daß beide in Niebüll einen Einbruchdiebstahl in einem Manufakturwarengeschäft ausgeführt hatten, bei dem ihnen eine größere Menge Waren in die Hände gefallen war. Sie haben von ihrem Raube aber keinen Nutzen gehabt, weil ihnen derselbe von einem dortigen Gendarmereiwachmeister abgetrieben war. Sie selbst waren durch die Flucht entkommen. — Festgenommen wurde ein angeblicher Privatdetektiv aus Hagen bei Lima in Peru, der hier mit großen Taten renommierter hatte, die aber offenbar auf Unwahrheiten beruhten. Hiedurch erreichte der Festgenommene die Aufmerksamkeit seiner näheren Umgebung, die die Kriminalpolizei auf ihn aufmerksam machte. Der an das Bureau der Kriminalpolizei überbrachte Privatdetektiv machte auch hier die wunderbarsten Angaben. Er will beispielsweise seine Ehefrau in Homburg in der Rheinpfalz dabei betroffen haben, wie sie mit einem französischen Offizier ein intimes Verhältnis unterhielt. Aus Wut darüber will er den Offizier mit einem Hammer erschlagen und seiner Frau tödliche Verletzungen beigebracht haben. Allem Anscheine nach ist anzunehmen, daß der Festgenommene ein Schwindler ist, dessen Vorleben der Aufklärung bedarf. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Matrose eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, der von der Schiffsladung eine größere Menge Leberwaren gestohlen hatte. — Infolge eines Einbruchs sind in der Nacht vom 14. auf den 15. ds. Mts. aus dem Schuhwarengeschäft, Untertrave 3, Schuhwaren (darunter 7 Paar hohe Seestiefel) im Werte von etwa 3000 Mk. gestohlen worden. Für die Nachweisung der Täter und Herbeischaffung der Ware hat der Geschädigte eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Personen, die zweckdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei, Schüsselboden 16, 1, zu melden.

Rückblick. In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins hielt Genosse H. Wolffradt Lübeck einen Vortrag über „Verfassungskämpfe und Verfassungskämpfe“. Redner erinnerte an die langwierigen und schweren Kämpfe gegen das Gottesgnadentum und Junkerherrschaft. Freilich die Revolution von 1848 und ging auf die heutigen politischen Verhältnisse ein, die uns das freieste Wahlrecht der Welt brachten, sowie eine demokratische Verfassung, auf der wir weiterbauen können. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Schielke, Krage, Goll, Ritter, Haake und B. Wegner. Von letzterem wurde scharf verurteilt, daß die Direktion des Hochofenwerks in Dummerstorf ein Viehhäus bauen läßt, ohne die Bauerlaubnis zu haben. Am Schlußwort forderte Genosse Wolffradt die Anwesenden auf, sich regen an der Parteiarbeit zu beteiligen. Die Wahl eines Kassierers für Dänitzsburg wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Genosse Niemeier gab noch den Bericht von der Kommission, die die Vorarbeiten getroffen hat, zur Gründung einer Verkaufsstelle des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend. Er wies noch auf die am Montag, dem 20. Oktober, abends 7 Uhr stattfindende Volksversammlung hin, und forderte zu zahlreichem Erscheinen auf.

Entin. Der neue und der alte Regierungspräsident. Auf Grund staatsministerieller Verfügung wurde Geheim-Regierungsrat Williams der Provinz Lübeck als Regierungspräsident ausgesprochen. Er übernahm Mittwoch vormittag die Regierungsgeschäfte. — Weber die Tätigkeit des scheidenden Regierungspräsidenten Dr. Meger-Rodenberg wird dem „Anzeiger für das Fürstentum Lübeck“ u. a. geschrieben: Mit ihm scheidet ein Mann aus seinem Amte, welcher mit hervorragender geistiger Begabung eine ungewöhnliche Schaffenskraft und Schaffenskraft verband. Wohl keiner seiner Vorgänger vermag sich solch erfolgreicher Tätigkeit zu rühmen. Wir erinnern nur an seine Finanzgesetze. Dann beachtete er das Fürstentum mit 540 km. neuer Chaussees. Die Eisenbahn Travemünde-Nien- dorf a. D. ist sein Werk; ihm ferner ist es zu danken, wenn die Eisenbahn Lübeck-Seeberg-Oldenburgisches Gebiet (Gemeinde Stotelsdorf und Oberwöhlde) berührt. Er war es, der die elektrische Straßenbahn Schwartau-Lübeck ins Leben rief. Gegen den Bahnbau Schwartau-Neustadt verhielt sich Preußen ursprünglich ablehnend, durch seine persönlichen Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen in Altona und Berlin gelang es dem Regierungspräsidenten, den Widerstand zu brechen und zu erreichen, daß man sich dort zum Bau der Bahn unter verhältnismäßig geringen Opfern für das Fürstentum bereit erklärte. Die Bahn Entin-Seeberg-Hamburg war auf sein Betreiben gesichert und wäre gebaut worden, wenn nicht der Krieg und die Revolution es verhindert hätten. Er setzte es durch, daß das ganze Fürstentum mit Elektrizität versorgt wurde. In der oldenburgischen Ostseebäder kaufte er schmucke Parkanlagen und veranfaßte eine sehr erhebliche Steigerung des Badeverkehrs. Die hohen Gebäude in Entin und Schwartau für die Regierung und das Amtsgericht sind ihm allein zu danken.

Gambourg. Die Bürgerkassafast nahm einen Antrag Wendt und Genossen (D. B.) einstimmig an, nach welchem die Bürgerkassafast den Senat ersucht, energisch bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß nun auch wirklich alles getan wird, um unsere Kriegs- und Zivilgefangenen vor dem Winter in die Heimaterde zu entlassen.

Hamburg. Die Meinungsverschiedenheit im kommunistischen Lager ironisiert die wahlverwandte unabhängige „Volkszeitung“ folgendermaßen: Der Janapfel bildet u. a. die Beteiligung am Parlament und die 40-Pfg.-Gemeinschaft, genannt „Union“. Wir empfehlen nun den hiesigen Kommunisten, aus ihrer Partei auszusteigen und eine neue zu gründen. Wir finden nämlich, daß wir noch zu wenig sozialistische Parteien haben. Als Namen schlagen wir vor: „Antionistisch-antiparlamentarisch-kommunistische Partei Deutschlands, Hauptort Hamburg.“

Miel. Die Brautgängeroperation, der ein Hebräer zum Opfer fiel, während eine Witwe und ihre beiden Töchter ins Leben zurückgerufen werden konnten, ist, wie sich herausgestellt hat, eine beachtlichste gewesen. Der Hebräer und die Frau hatten die Absicht, mit den beiden Kindern der letzteren aus dem Leben zu scheiden, weil sich ihrer Verheiratung Schwierigkeiten entgegenstellten. Aus diesem Grunde drehten sie die Gasähne in ihrer Wohnung auf.

Hensburg. Warenbeschreibungen nach Dänemark dauern an. Dieselben Landleute in Nordfriesland, die sich weigern, dem Viehhändlerverband das ihm ausländische Vieh zu liefern, verkaufen ihre Kinder nach Dänemark. Von der Grenz-wache wird gefagt, daß sie so korrumpiert sei, daß sie sich von den Transporten, anstatt sie zurückzuhalten, Procente zahlen lasse. In Hensburg wimmelt es von Dänen, die alles mögliche kaufen: Gold- und Silberwaren, Edelsteine, Pelze, Mäntel, Wollensachen. Meistens werden diese Sachen in Autos fortgeführt. Bei unserem Geldmangel können die Dänen hier alles viel billiger kaufen als in Dänemark. Der Handel in Häusern hat etwas nachgelassen. Aber auch hierbei machen die Dänen ihr Geschäft, sobald der Kurs nur genügend steigt. Und darauf, und damit auf ein Wiedererstarken Deutschlands hoffen auch diese geschäftstüchtigen Dänen. — „Geschäftstüchtige“ Deutsche, die ihr Vaterland um schänden Gewinn verraten, sind aber nicht weniger zahlreich.

Malchin. Bei der Stadtverordnetenwahl erhielt die bürgerliche Liste 1550, die geeinigten linken Parteien 1401 Stimmen. Danach entfallen 10 Sitze auf die Sozialdemokraten. Bei den vorigen Wahlen war Stimmen-gleichheit.

Dobran. Geständnis des Mörders. Wie von zu ständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Erbpächtersohn Albrecht Peters aus Reishof das Geständnis abgelegt, den Kontrolleur der Dobraner Kreisbehörde, Fritz Tesmar aus Dobran, erschossen zu haben. — Die Mühle des Besitzers Wegner zu Reishof ist wegen Unzuverlässigkeit des Besitzers geschlossen worden.

Warel. Ein aufsehenerregender Vorfall spielte sich gelegentlich des Pferdemarktes ab. Eine größere Schar „Zigeuner“ deutscher Nationalität hatte sich mit vielen Weiden und reichlich Geld zum Markt eingefunden. Die Männer betranken sich in Sekt und arrieten in angetrunkenem Zustande miteinander in Streit. Dabei feuerte einer der Angetrunkenen sieben Revolverkugeln ins Freie, wobei ein junges Mädchen in den Rücken und ein 18jähriger Schlosser tödlich in die Stirn getroffen wurden. Das Mädchen schwebt in Lebensgefahr. Um sich der Angetrunkenen zu bemächtigen, mußte ein großer Aufwand an Polizei, Gendarmen und Stadtwehr aufgebracht werden.

Geestmünde. Untergangener Zischdampfer. Der der Reeder „Nordstern“ gehörende Fischdampfer „Jupiter“ ist auf See untergegangen. Leider haben dabei 6 brave Seelente ihr Leben eingebüßt, während der Rest der Mannschaft in Esbjerg gelandet wurde.

Bremen. Zu den Differenzen im Straßenbahnbetriebe meldet W.B.: Der Hauptausschuß zur Schlichtung von Streitigkeiten im Straßenbahnbetrieb in Berlin hat wegen der Entschuldigensumme des Jahressonals der Bremer Straßenbahn einen Schiedsspruch gefällt, in welchem der Hauptausschuß anerkennt, daß die wirtschaftliche Lage nach wie vor schlecht ist und daß deshalb die Forderung des Jahressonals der Bremer Straßenbahn auf Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage durch Zahlung einer Wirtschaftlichkeitsbeihilfe an sich verständlich ist. Seinerseits ist er aber der Meinung, daß diese Forderung nicht auf dem eingeschlagenen Wege durchgeführt werden kann. Der Gruppenvertrag besteht seit dem 15. August 1919 und läuft bis zum 31. Dezember 1919. Es erscheint deshalb nicht angängig, mit Lohnherabsetzungen an die Direktion heranzutreten, da auch die Direktion nicht befugt sein würde, eine Lohnherabsetzung zu verlangen. Deshalb ist der Hauptausschuß nicht berechtigt, eine materielle Entscheidung zu treffen, da dies nach den Tarifverträgen nicht zulässig ist. Weiter ist der Hauptausschuß aber der Meinung, daß die Bremer Straßenbahngesellschaft auch im Augenblick nicht in der Lage sei, den erhöhten Lohnforderungen ihrer Arbeitnehmer gerecht zu werden. Daher beschließt der Hauptausschuß an die Nationalversammlung heranzutreten und ihr anheimzugeben, schon jetzt der Erhöhung der Jahressumme näherzutreten, um den Forderungen des Personals nachzukommen. Der Hauptausschuß hat demgemäß den Antrag abgewiesen.

Neueste Nachrichten.

Jeder Schiffsverkehr in der Ostsee verboten.

Lübeck, 16. Oktober. Von der Disposition wird mitgeteilt, nach einer Meldung der Admiralität ist die Blockadefahrt auch für die Küstengewässer aufgehoben. Das bedeutet, daß die gesamte deutsche Schiffsahrt auch innerhalb der Drei-Meilen-Grenze verboten ist.

Der Parteitag der U. S. P. D.
II. Berlin, 16. Oktober. Der Parteitag der „Unabhängigen“ in Leipzig wird nicht am 10., sondern erst am 16. November beginnen.

Die Kohlenversorgung Süddeutschlands in Gefahr.
II. Düsseldorf, 16. Oktober. Infolge der schlechten Wasserverhältnisse des Rheins und der mangelnden Transportmittel auf der Eisenbahn ist die Kohlenversorgung Süddeutschlands auf das äußerste gefährdet. Der Reichskohlenkommissar hat deshalb verfügt, daß die Kohlenversorgung Norddeutschlands auf die Eisenbahnen, die Gaswerke, die öffentlichen Betriebe und die Lebensmittelabriken zu beschränken ist.

Die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem besetzten Gebiet unterbunden.
II. Elberfeld, 16. Oktober. Die Einfuhrkommission hat die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem besetzten Gebiet an Privatpersonen und Gemeinden untersagt.

Der Streit in Lothringen dehnt sich aus.
Karlsruhe, 16. Oktober. Wie die Straßburger „Neuesten Nachrichten“ melden, dehnt sich der Streit in Lothringen immer weiter aus. Seit Dienstag abend sind auch die Angehörigen der Metzger Straßenbahn und des Gaswerks aus Solidarität für die Metallarbeiter in den Ausstand getreten.

Der Oberkommissar des Verbandes im Rheinlande.
II. Basel, 16. Oktober. Nach einer Pariser „Savas“-Meldung wurde zum Oberkommissar der Rheinlande und zum Präsidenten der interalliierten Kommission für die Rheinlande Paul Tizard ernannt.

Der New Yorker Hafenarbeiterstreik beendet.
II. Rotterdam, 16. Oktober. Der Hafenarbeiterstreik in New York ist mißglückt. Die Streikenden haben die Bedingungen der Direktionen angenommen und die Arbeit wieder aufgenommen.

Quittung.
Für den Wahlfonds gingen ein:
Von den Gewerbetreibenden in Schluß 12.— Mk.
Das Parteisekretariat.
Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Lübeck, 16. Oktober.

Stadthallen - Lichtspiele

Lübeck

Mühlenbrücke 13

Voranzeige.

Ab Freitag, den 17. Oktober 1919:

Die Lumpenprinzessin

Die reizende Geschichte eines widerspenstigen Komtesschens.
mit **Gunar Tolnaes** und **Clara Wieth**.
5 Akte.

Der Schandfleck

nach dem Roman von Ludwig Anzengruber. 4 Akte.
In der Hauptrolle die Wiener Schauspielerin **Liane Haid**.

8775

Die Musik wird vom großen Orchester unter der Leitung des Herrn **Franz Gödel** ausgeführt.

Fleischausgabe.

In der Woche vom 13. bis 19. Oktober 1919 werden auf die Reichsfleischkarte für erwachsene Personen 200 Gramm frisches Fleisch und Fleischwurst, für Kinder unter sechs Jahren die Hälfte, ausgegeben. Auf jede Fleischkarte muß Fleisch und Fleischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Zuteilung ist jede Fleischkarte, die den Aufdruck „1/2 Anteil“ trägt, mit 20 Gramm für Fleisch oder 40 Gramm für Fleischwurst zu bewerten.

Militärpersonen, Besucher und zurückkehrende Kriegsgesangene erhalten ihre Fleischkarte bei dem Schlächtermeister **H. Melcke**, Schüsselbuden Nr. 30. Das auf Grund ärztlichen Attestes Kranken zustehende Fleisch ist nur bei dem Schlächtermeister **W. Kahl**, Poststr. Nr. 3, zu entnehmen.

Lübeck, den 15. Oktober 1919. (8758)

Das Landesversorgungsamt.

Verwendung von Saatgut.

1. Auf Grund des § 8 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 hat der Senat als Landeszentralbehörde angeordnet, das Untermehrer landwirtschaftlicher Betriebe zur Bestellung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke

an Winterroggen bis zu 170,5 kg auf das Hektar verwenden dürfen.

2. Für die übrigen Früchte verbleibt es bei den durch die Reichsgetreideordnung festgesetzten Mengen; es dürfen danach nur verwendet werden

an Sommerroggen bis zu 160 kg auf das Hektar
 Winterweizen 190 kg
 Sommerweizen 185 kg
 Gerste 160 kg
 Weizenfrucht dieselben Maße nach dem Mischungsverhältnis der Früchte.

3. Die Verwendung von mehr Saatgut als hiernach zulässig ist, wird gemäß § 50,1 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu Mk. 50000 oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 14. Oktober 1919. (8763)

Das Landesversorgungsamt

Bekanntmachung

Betreffend

Preise für Brennmaterialien.

Im Unternehmen mit der Ortskassenkasse sind mit Wirkung ab 15. Oktober 1919 bis auf weiteres folgende Preise vereinbart worden:

1 Zentner	
Beständiges Hartkohl in allen Größen über 20 mm	Mk. 11.-
Beständiges Anthrazitkohl	10.25
Beständiges Anthrazit-Bricketts	10.-
Braunkohlen-Bricketts oder Halbscheite	8.90
Stahlkohl	9.35
Steinkohlen-Bricketts	9.90
Buchenholzkohl	31.-
Bricketts	8.85

Alle Preise verstehen sich frei Haus (Keller oder Boden) geliefert, netto Kasse ohne Abzug.

Bei Lieferungen ab Lager stellen sich die Preise um 100 Pfg. für den Zentner billiger.

Säcke werden nicht geliefert.
Die Kohlenhändler Lübecks.

Am Freitag u. Sonnabend sind über 100 Stück kleine Ferkel zu den billigsten Tagespreisen zu verkaufen. (8774) **J. Klöwer, Schwart, Allee 133.**

Ältere erfahrene Klempner

und ältere erfahrene

Autogenschweißer

stellen ein

Stanz- u. Emailierwerk

vorm. **Carl Thiel & Söhne**

Offtiengesellschaft. 8767

Der dritte Teilbetrag der Grundsteuer

für 1919/20 ist für die Grundstücke in den Vorstädten St. Jürgen und St. Gertrud sowie in Travemünde, Schlutup und den übrigen eingemeindeten Gebieten in der Zeit vom 11. bis 21. Oktober d. J. bei Vermeidung des Einschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. (8754)

Lübeck, d. 10. Okt. 1919.
 Die Steuerbehörde.

Ferienwanderungen.

Montag, den 20. Okt.: Falkenhufen-Wahlrow 0,20.
 Mittwoch, den 22. Okt.: Gutten-Blon 2.30
 Freitag, den 24. Okt.: Rugenberg (1/2 Tag) 0,20.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten anlässlich unserer silbernen Hochzeit sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. **J. Hartmann** (8763) u. Frau, Lügnstr. 38.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen anlässlich unserer Hochzeit danken herzlichst
H. Reichert
 und Frau geb. Köster.
 Gohbersdorf,
 den 11. Oktober. (8763)

Deutscher Metallarb.-Verband
 Verwaltungsrat Lübeck.
 Am Sonntag morgen sind in Travemünde infolge eines Schiffschlags unsere Kollegin
Christine Mohsen.
 Wir werden ihr Abschieden in Ehren halten.
 (8777) Die Ortsverwaltung.

Rock- und Tagschneider

auf Werkstätte sucht (8776)

F. Baese, Hüfstraße 60.
 Eine 2-Zimmer-Wohnung mit Gas vor dem Mühlenort gegen gleiche Nähe Drägerwerk zu vertauschen. (8764)

Näheres Kahlhorstr. 47 a.
 Eine Partie große Ferkel billig z. verkaufen.
H. Stapelfeldt,
 (8770) Krempeled. Allee 80.

Clara Ohlrich

empfiehlt
 wollene Jacken,
 Westen, Sweaters,
 Blauschoner usw.
Beckergrube 4.
 8771

Fahrräder und Nähmaschinen in verschiedener Preislage.
Karbid-Tisch- u. Küchenlampen in großer Auswahl 8761
Th. Vedder, Schwart, Allee 37.

Bilderleisten

einrahmungen
Oscar Tauchnitz, Glashdgl.
 Fleischhauerstr. 35. Frmr. 2808

Die neuen Postgebühren

(Gültig ab 1. Oktober 1919)
 Preis 25 Pfg.
 Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.**

Stadthallen - Lichtspiele

Lübeck. Mühlenbrücke 13.

Heute letzter Tag:

- Vendetta**, Drama in 5 Akten. (8750)
 In den Hauptrollen: Pola Negri u. Harry Liedtke.
- Hinaus ins Grüne**, Lustspiel in 2 Akten.
- Der Musenfrack**, Lustspiel in 1 Akt.
- Die Teckelzucht**, Sportaufnahme.

Konzerthaus Flora.

Freitag, den 17. Oktober:

Grosser Ball

Sparklub „Feuchte Ecke“.

Aufang 6 1/2 Uhr. (8762)

Waisenhof Tanz.

Freitag 8759 u. Sonnabend

Neu-Lauerhof

Morgen Freitag: 8753

Großes Tanzkränzchen.

Großes Orchester. Harmoniaklub.

Bienenhonig

garant. rein, direkt vom Imker, Postkoll, 9 Pfd. netto, in verblödeter Blechdose (also unbegrenzt haltbar) einschl. Porto u. Verpackung Mk. 95.—. **Schreibenhonig** Postkoll Mk. 110.—. Versand geg. Nachn. od. Voreinsendung des Betrages, so lange Vorrat reicht. (8755)

Joh. Tietjen, Großimker,

Mehrenkamp 45 b. Friesoythe i. O.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (8752)

Otto Albers

Markt 4 Kohlm. 10
 Hgl. d. R.-Sparv. Lübeck

Fleisch

zum Räuchern nimmt an (8760)
Güncke, Arminstr. 12.

Die Verfassung des Deutschen Reiches

vom 11. August 1919.

Tertausgabe mit Sachregister.
 Preis Mk. 1.10.

Buchhandlung **St. Mener & Co.**

Hansa-Halle.

Morgen Freitag: 8773

St. Tanzkränzchen

Arbeiter-Turn-Verein Kücknitz.

Fußball-Abteilung.

Ball

am Sonnabend, d. 18. Okt., im Lokale **W. Dieckmann, Kücknitz.**

Damenkarte 1 Mk.
 Herrenkarte 2 Mk.
 Anfang 7 Uhr. Ende ???
 Alle Brudervereine sind herzlich eingeladen. 8765
 Das Festkomitee.

Hansa-Theater

Donnerstag: 8749

Die Faschingsfee.

Freitag punkt 7:
 (Neu einstudiert):

Ein Walzertraum

Operette von O. Straus.
 Sonnabend) Ein
 Sonntag) Walzertraum.

Stadttheater Lübeck

(8769)

Donnerstag, d. 16. Oktober:
 Anfang 7 Uhr.
 Schauspielergemeinde
 Gelbe Karten.

Kurth von der Kreith.
 Zu dieser Vorstellung sind Eintrittskarten an der Theaterkasse zu haben.

Freitag, den 17. Oktober:
 Anfang 6 Uhr.

5. Vorstellung im Freil.-Ab.
Walküre.

Sonnabend, d. 18. Oktober:
Nacht in Venedig.

Sonntag, den 19. Oktober:
 Anfang 10 1/2 Uhr:

1. Veranstaltung im Faustzyklus
 Morgenfeier

Das Puppenspiel vom Doktor Faust.

Anfang 2 1/2 Uhr:
 3. Arbeitervorstellung.

Judith.

Anfang 7 Uhr:
Carmen.

Ein Streif gegen die Unabhängigen.

15.000 Berliner städtische Hilfsarbeiter sind Dienstag plötzlich in den Ausstand getreten. Die Verteilung der Brotkarten, der Kartoffelkarten, der Kohlenkarten, der Milch-, Fett- und Butterkarten, der Fleischkarten und der Bezugsscheine hat in 240 Dienststellen aufgehört, die Sparsparnebenstellen und die Bureaus für Krankenernährung sind geschlossen, Bezugsscheine werden nicht mehr ausgeteilt.

Die Hilfskräfte haben sich formal unzweifelhaft ins Unrecht gesetzt. Am 30. April hatte der Schlichtungsausschuss zwischen dem Magistrat und den Hilfsarbeitern einen Schiedspruch gefällt, der auch das Verfahren bei neuen Gehaltsforderungen regelte. Insbesondere war eine längere Kündigungsfrist vorgesehen, damit genügend Zeit zu Verhandlungen und Schlichtungsversuchen bleiben sollte. Dieser Bestimmung haben sich die Hilfskräfte nicht gefügt, sondern haben ihre Forderungen in Form eines Ultimativs gestellt und sind in den Streik getreten, als diese nicht bewilligt wurden. Auf dem Standpunkt, daß man den Hilfskräften nicht geben könnte, was sie forderten, haben sich alle Parteien der Stadtverwaltung gestellt; denn hätte man die Forderungen der Hilfsarbeiter in den städtischen Bureaus befriedigt, so hätte man die Steuern sofort ganz wesentlich erhöhen müssen. Auf der anderen Seite hat die Gewerkschaft der Angestellten die Forderung der Hilfsarbeiter als voll berechtigt anerkannt. Da in Berlin die „Unabhängigen“ das ausschlaggebende Wort in der Stadtverwaltung haben, handelt es sich also letzten Endes um einen Streit gewerkschaftlichen Charakters gegen die „Unabhängigen“. Streiks dieser Art sind schon mehrfach vorgekommen, während die „Unabhängigen“ in der Reichsregierung saßen.

Und in solchem Falle versagt nun ganz das übliche Schema: brutale Kapitalisten, die den Arbeitern ihr voll gerechtfertigtes Verlangen nach ein paar Pfennigen Zulagen aus Habgier und Eigennutz abschlagen, korrupte Mehrheitssozialisten, welche verätherlich die Partei des Kapitals ergreifen, Streikbrechergarden und Nestlötos. All das paßt doch nicht recht gut, wenn auf Seite der bestreikten Arbeitgeber die um Wurm und Rosenfeld die Hauptrolle spielen.

Wir können also den neuesten Berliner Streikfall ruhig erörtern, ohne die übliche „unabhängige“ Demagogie befürchten zu müssen. Die Forderung der Hilfsarbeiter ist an sich berechtigt, wenn sie ein halbwegs auskömmliches Dasein haben sollen. Das Unglück der Zeit ist nur, daß in Deutschland völlig die Mittel fehlen, um der großen Masse des Volkes ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Und je mehr gestreikt wird, desto ausichtsloser wird das Streben danach. Nur ganz langsam, mit dem fortschreitenden Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und der Abwägung der Kriegsschulden kann die Lebenshaltung verbessert werden. So berechtigt das Verlangen der Angestellten ist, so verbrecherisch wäre es von der Stadtverwaltung, es auf Kosten der Steuerzahler ohne weiteres zu erfüllen, da es diesen vielfach noch weit schlechter geht, als den Angestellten.

Was hier von den Hilfsarbeitern der Stadt Berlin gesagt ist, trifft genau so gut auf Metallarbeiter, Eisenbahner, Staatsarbeiter und Beamte aller Art zu. An sich berechtigte Forderungen müssen heute zurückgewiesen werden, weil ihre Erfüllung unmöglich ist; die Zurückweisung aber entseht Streiks, die das Wirtschaftsleben immer weiter ruinieren und das Verhängnis nimmt seinen immer verhängnisvolleren Lauf.

Es gibt aus dieser Zwischstufe nur einen gewalttätigen Ausweg: die Einführung des Zwangsschiedsgerichts auf gewisse, kurz bemessene Fristen, während deren kein Streik das Wirtschaftsleben stören darf. Diese Gnadenfrist ist für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens unerlässlich. Die alten Gewerkschaftler mögen sich gegen diesen Gedanken sträuben, aber wer das Ganze unserer Lage überblickt, wird ihn unbedingt vertreten müssen.

Einst war die Revolution ein Kampf gegen fremde, volksbedrückende Gewalt für die Demokratie, die Selbstregierung des Volkes. Heute ist der Gedanke der Revolution ein Kampf für eine fremde volksbedrückende Macht gegen die Demokratie, gegen die Selbstregierung des Volkes. Einst waren Streiks Kämpfe

gegen das Kapital für die Verbesserung der Arbeiterlage. Heute sind Streiks eine Verschlechterung der Arbeiterlage, gleichviel, wie sie unmittelbar enden, und die beste Hilfe für das wirtschaftliche Herrenrecht des Kapitals. Heute sind die Streiks ein Kampf gegen den Sozialismus und gelegentlich, wie heute in Berlin, sogar besonders ein Kampf gegen die Unabhängigen. Deshalb Schluß mit den Streiks auf ein Jahr, Befriedigung zumindest der wichtigen Betriebe des Gemeinwohls, Sicherstellung ihres unge störten Fortgangs durch technische Nothilfe oder irgend welche anderen Mittel, Zwangsschiedsgericht zum Ausgleich zwischen dem, was berechtigte Forderung und mögliche Leistung ist — und so auf glatter Bahn vorwärts zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, der allein das Volk vom Elend rettet.

Nach Auslanddeutsche.

Der Begriff des Wortes „Auslanddeutscher“ ist noch nicht recht geklärt. Im weitesten Sinne umfaßt er alle außerhalb der deutschen Reichsgrenze lebenden Deutschen, also nicht nur diejenigen mit deutscher Staatsangehörigkeit, sondern auch alle Personen mit fremder, schweizerischer, österreicherischer, rumänischer oder russischer Staatsangehörigkeit, wenn sie nur in Sprache, Sitte und Kultur sich ihr Deutschtum lebendig bewahrt. Augenblicklich aber, da die Frage der Entschädigung der Auslanddeutschen in Parlament und Presse und vor allem besprochen wird, versteht die deutsche Öffentlichkeit unter „Auslanddeutschen“ fast nur noch Deutsche mit deutscher Staatsangehörigkeit, die vor dem Kriege im Auslande des Berufs oder Erwerbs wegen sich aufhielten. Sie gelangten dann bei Kriegsausbruch in die Heimat zurück, oder wurden draußen interniert, um langsam und allmählich nur in die alte Heimat zurückgelassen zu werden. Diese Deutschen sollen jetzt entschädigt werden, teils aus allgemeinen moralischen Gründen, weil die Heimat diese ihre tüchtigsten Pioniere entschädigen will, teils aus rechtlichen Gründen, weil der Friedensvertrag es so vorschreibt.

Eine große und bedeutungsvolle Schicht Auslanddeutscher fällt nicht unter den Begriff der „aus dem feindlichen Auslande geflüchteten Deutschen“. Es sind die vielen Tausende deutscher Wehrleute aus der Schweiz, die noch innerhalb der deutschen Grenzen weilen und nicht in ihre Heimat zurückgelassen werden. Als der Krieg ausbrach, ließen sie Haus und Hof, Weib und Kind im Stich und eilten zu den Fahnen, um das Vaterland zu schützen. Viele deckt heute die Erde, viele Tausende schmachten noch in feindlicher Kriegsgefangenschaft.

Als die Auflösung des deutschen Heeres kam, strömten zunächst natürlich aus den Heimatformationen die in der Schweiz ansässigen Deutschen besonders ihrer nahen Heimat zu. Die ersten Tausend kamen auch noch über die Grenze. Dann aber sperrte die „gastrische Schweiz“ ihre Eingangsportale zu, ob auf eigenen Wunsch, ob auf fremden Befehl, bleibt dahingestellt, und alles, was neu zuströmte, fand sich nun ratlos und führerlos in den Grenzorten zusammen und wartete. Als bald organisierte man sich. Ein Soldatenrat wurde gebildet, der erst etwas wild mit roten Fahnen und Rotarden operierte, allmählich sich aber in einen Wehrmännerauschuh in Singen umbildete und eine großzügige Organisationsgemeinschaft schuf.

Ein paar hundert Wehrmänner wurden dann im Laufe der Monate in die Schweiz hineingelassen, sofern sie Wohnung und Arbeit drüben nachweisen konnten. Schwer aber war es für solche, die unverheiratet waren, die erst seit wenigen Jahren vor dem Kriege in der Schweiz gewohnt hatten, deren Geschäfts- und Arbeitsstelle der Krieg zerstört hatte. Immer noch sitzen sie zu Tausenden in den Lagern und warten. Wer entschädigt diese Kategorie von Auslanddeutschen? Sind sie minderen Rechts, weil sie nicht aus Feindesland geflohen sind, sondern aus der neutralen Schweiz kamen? Sind sie minderen Rechts, weil kein betrügerisches

Sequester ihnen drüben ihre Geschäfte liquidierte und sequestrierte, sondern weil das System der schwarzen Listen und der Handelsespionage ihre blühenden Schweizer Geschäfte ruinierte? Die Schweiz läßt sie nicht ins Land, weil ihre eigene Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zu groß sei. Deutschland kann sie nicht ernähren, beschäftigen und unterbringen. Die Schweiz beginnt sogar, um Raum zu schaffen, ihre Familien nun auch aus der Schweiz auszuweisen und dadurch Männern die Hoffnung zu nehmen, daß sie allmählich wieder zurückkönnen.

Das Reich hat in Singen eine Reichsfürsorgestelle des Reichswanderungsamtes geschaffen, um den Wehrleuten Stellen zu vermitteln und sie unterzubringen. Württemberg hat Urlauberheime ins Leben gerufen, damit die Familien der Wehrleute, Frauen und Kinder, auf einige Wochen nach Deutschland kommen können, um Männer und Väter nach 4- bis 5jähriger Trennung wiederzusehen. Württemberg hat jetzt auch Schweizerheime begründet, damit die Wehrleute im Winter, wenn sie schon Arbeit finden, wenigstens ein Dach über dem Kopfe haben. Arbeitskompanien sind geschaffen worden, Moor- und Kulturarbeiten wurden den Wehrleuten zugewiesen, jeder nur mögliche Nothelfer wurde für sie ausgenutzt. Was aber tat das Reich?

Die Wehrleute warten sehnsüchtig auf die Mitteilung, daß sie nicht minderen Rechts sind, daß sie entschädigt werden, wie alle anderen aus dem feindlichen Auslande geflüchteten Auslanddeutschen auch, daß sie Geld in die Hand bekommen, um sich wieder wirtschaftlich aufzurichten zu können. Der Bund der Auslanddeutschen nimmt sich nun ihrer Rechte und Wünsche an. Es gilt Tausende von braven Leuten zu retten und ihnen zu helfen. Es ist fast ein Hoßn für sie, zu sehen, daß Kriegsgewinnler, die ihre Millionen retteten, daß Deserteur, die die Fahne verließen, daß Refraktäre, die dem Rufe zu den Waffen gar nicht erst Folge leisteten, heute vergnügt und munter in der Schweiz sitzen und die „Dummen“ verachten, die so anständig waren, dem Vaterlande zu Hilfe zu eilen.

14. Generalversammlung der Metallarbeiter.

kr. Stuttgart, 13. Oktober.
Die Generalversammlung begann heute vormittag im „Stadtpark“. Sie ist von 329 Delegierten, 14 Mitgliedern der erweiterten Beiräte, die nicht Delegierte sind, 10 Bezirksleitern, den beiden Ausschussvorsitzenden, dem gesamten Vorstand und den Redakteuren der Verbandszeitung besucht. Es ist also ein stattliches Parlament, das zusammengekommen ist, um über die weiteren Geschicke des Verbandes zu entscheiden. Von den 329 Delegierten hat die Opposition etwa 30 über die Hälfte. Als Gäste sind Vertreter der Bruderverbände in Holland, Schweden, Dänemark, Norwegen, Desterreich, Ungarn und der Schweiz, ferner der verwandten deutschen Verbände anwesend. Den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund vertritt dessen Vorsitzender Karl Legten.

Die erste Begrüßungsansprache hielt namens der Stuttgarter Verbandsmitglieder Rosenkranz (Stuttgart), der auf die historische Bedeutung der Tagung hinwies.

Dann hielt Verbandsvorsitzender Schilde (Stuttgart) die Eröffnungsrede. Bei dem Auseinandergehen auf dem letzten Verbandstage habe man nicht geglaubt, daß der Zusammenbruch so rasch kommen würde. Dieser habe seinen Höhepunkt am 9. November gehabt, der als der Tag der Revolution bezeichnet werde. Der 9. November hat das deutsche Volk frei gemacht (Gelächter) von verhassten Besatzungen. Das wird aber niemand bestreiten können, daß große Unterschiede zwischen dem alten und neuem Systeme bestehen. „Wo viel Freiheit, ist viel Irrtum“, das hat auch die Geschichte unserer Revolution bewiesen. Das Volk muß sich erst an die ungebundene Freiheit gewöhnen. Die fünf Jahre Krieg haben die Moral des Volkes untergraben. Wir müssen leiber gestehen, daß wir heute noch unter einer gewissen Korruption leiden, die uns verweifen lassen könnte an dem Wiederaufbau. Die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen kann nur geschehen durch festes Vertrauen in die eigene Kraft des Volkes, durch gemeinschaftliche Arbeit aller Volksschichten. Sozialismus kann nur sein die Arbeit aller im Interesse der Allgemeinheit. Sozialismus setzt eine wirtschaftliche und geistige Entwicklung voraus. Hier liegt noch ein großes Stück Arbeit vor uns. Die erste

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Das war so Mode“, sagte Dehwiß. „Wenn man sich anno dazumal so ausgeschmitten trug...“
„Heutzutage sind wir doch etwas dezentler geworden. Gott sei Dank!...“
„Wie du beschließt, mein Kind!“ sagte er und schob die Flasche zurück.
Man schwieg. Alle waren übergelaunt. Dehwiß spiegelte nichtig seine gerötete Nase in dem leeren Glase. Alice sah nach ihrer Schwester aus, die manchmal im-Gewühl des Tanzes aufsuchte, um gleich wieder vom Wirbel davongetragen, zu verschwinden. Sie war neidisch auf Anna und drehte im Geiste schon allerhand boshafte Epithen, die sie ihr sagen wollte. In Horstmann hatte sich ein schweres Gewitter zusammen: Ungebuld, Angst, Mut bekämpften einander. Es drängte ihn, aufzustehen und Anna zu suchen. Aber er blieb sitzen. Nachlaufen wollte er ihr nicht.
Dehwiß hatte sich schon wieder ein Glas vollgeschenkt und es in kleinen häßigen Schlucken leer getrunken. Hin und wieder fuhr er sich in seine Mandelohle, die über dem rechten Ohr vom Kopf abstand. Ueber der Stirn hatten sich seine blonden Haare schon ziemlich gelichtet, die ganze Fülle war in der einen majestätischen Locke vereint. Manchmal machte er den Mund weit auf, wie ein nach Luft schnappendes Fisch, sah sich im Kreise um, als wenn er die Notwendigkeit empfände, daß etwas gesagt werden müsse, schwang dann aber nur mit weit ausschallender Armbewegung seine Zigarre zum Mund. Schließlich wendete er sich an Horstmann:
„Was macht die Kunst?“
„Wie?“
„Hatten Sie nicht neulich ein Bild bei Schulte?“
„Ich bin Ingenieur“, entgegnete Horstmann trocken, während Alice ihn schief ansah, als wenn sie an jedem seiner Worte etwas auszuheben hätte. Der Hauptmann, im ersten Augenblicke erstaunt, hatte sich rasch gefast.
„Richtig. — Ingenieur. Sie bauen ja diese famose Brücke, von der die Zeitungen so viel schreiben...“
„Na, wie geht's damit?“
„Einstweilen steht sie noch auf dem Papier. Am ersten Mai fangen wir an zu bauen.“
„So, so!“
„So, so!“ entgegnete der Hauptmann wohlwollend und fügte brummend hinzu: „Den Staat kostet das wieder ein Heidengeißel. Wenn nur was dabei herauskommt.“

Eine ziemliche Weile herrschte von neuem Schweigen. Alice hatte mit energischer Hand die Flasche ergriffen und sie mitten auf den Tisch gestellt. Ihr Mann machte ein entrüstetes Gesicht und starrte mit untergeschlagenen Armen die Saaldecke an.
In diesem Augenblicke trat Anna ein, am Arm des Dogen, des Professor Seiffert. Hinter ihnen drängten sich andere Paare. Der kleine Saal war plötzlich gefüllt. Man rückte die Tische, rief durcheinander, Kellner ließen hin und her.
Anna hatte den Arm des Professors losgelassen. Bert stand vor ihr und rebete auf sie ein.
„Rühr mich nicht an!“ sagte sie leise. Dann nickte sie Horstmann zu.
„Also Sie sind doch noch gekommen. Warum so spät?“
„Ich konnte nicht eher.“
„Sie drehte sich um und gab ihrer Mutter einen eiligen Kuss. Darauf begrüßte sie Schwager und Schwester. Alice hielt sie so gleich fest.
„Hinter mit eine Dame fand, dein Kleid wäre zu weit...“
„Ein Blick merkt man ja, daß es nicht für dich gemacht ist.“
„Über für die Rolle bin ich gemacht.“ Das ist die Hauptsache,“ erwiderte Anna.
Horstmann waren bei Annas Eintritt heiße Blutwellen in den Kopf geschossen. Wildes Entzünden über ihre Schönheit durchschauerte ihn. Angst schnürte seine Brust zusammen, als wenn sie ihn meilenweit entrückt wäre.
Bert besorgte das Vorstellen. Der Ingenieur bekam zwanzig Namen zu hören und mußte sich immer von neuem verbiegen. Verschiedene Leute hatte er schon früher getroffen, aber in den Kostümen erkannte er sie nicht wieder.
An die Seite der Frau Regierungsrat war Frau Lüders gekommen. Alice, die ihr gegenüber saß, durchbohrte sie mit feindseligen Blicken, während Frau Düsselbach ununterbrochen lächelte, aber nicht zu sprechen wagte. Der Busen der sehr dekorierten Frau wogte auf und ab. Sie betrachtete bald ihr Gegenüber, bald ihre Nachbarin, dunkelrot vor Entzückung.
„Meine beiden Briefe haben Sie bekommen?“ fragte sie plötzlich.
„Ja, ich habe sie bekommen. Morgen kriegen Sie Antwort.“
Und in krampfhafter Angst umpreßte Frau Regierungsrat die Hand der anderen.
Anna sah am Tischende neben einem Herrn in blanker Stahlrüstung. Sie verzehrte etwas kaltes Rehrhuhn und trank dazu hastig Sekt. Sie schenkte in übermütigster Laune. Mit jedem fortgetriebenen. Nur zwei sah sie nicht: Horstmann und Bert. Bert war ganz in ein Gespräch mit seiner Nachbarin vertieft, einer niedlichen Kaufmannstochter aus Eldersfeld. Er prophezeite ihr aus der Hand die unglücklichsten Dinge. Das junge Mädchen lachte gluckend in ihren Fächer und wollte immer weiter wissen.

Horstmann sah vereinstamt da. Seine Nachbarn drehten ihm den Rücken zu. Je lustiger die ganze Gesellschaft wurde, desto stiller wurde er. Eine tiefe Klut schien ihn von allen zu trennen. Nicht bloß, daß er als Fremder in diesem Kreis von Bekannten saß, sondern alle, wie sie da lachten und schwätzten, mit freier Natürlichkeit sich in ihren Kostümen bewegend, waren verfeinerte Menschen gegen ihn, die an den Luxus des Lebens gewöhnt waren. Er war der finstere Flebejer, der sich von diesem ganzen leichtsinnigen Treiben abgestoßen fühlte. In dieser Stunde, wo der Wein allfänglich stimmte und die Sorgen verschwommen, dachte er mit finsterner Bitterkeit an die ersten Jahre seines Ringens. Wer von all diesen Leuten am Tische hatte dergleichen durchgemacht? Wer er nicht allen überlegen? Und doch beneidete er sie. Ihm fiel ein, daß er ja auch nun das Leben von der besten Seite nehmen wollte. Es war ja sein innerster Wunsch, diesen Leuten zu gleichen... Jetzt ärgerte ihn sein Griesgram. Er gab sich Mühe, lustig zu sein. Aber da tönte aus dem großen Saale wieder Musik, und alles drängte fort.
Horstmann trat wieder an die Säule. Das Parfett unter seinen Füßen schwankte. Die Paare kreisten vorbei, allmählich wurde eine undeutlich flimmernde Masse daraus. Jemand glaubte er Annas Perlendiadem in ihrem roten Haar zu erkennen. Jetzt kam sie näher. Sie tangte mit einem Herrn in spanischem Kostüm, ihr Kopf lag leicht geneigt. Auf ihren Lippen kränzelte sich ein Lächeln. Strahlend wanderten ihre Augen durch die Menge. Jedem Gegenstand, jedem Menschen in diesem Gewühl schienen sie von ihrem Glanze ein wenig mitgeben zu wollen. Doch als sie an Horstmann vorbeikam, richtete sie hochmütig den Kopf höher, lobte ihr Bild über ihn wegwalt.
„Ihm stiegen schwere Formwogen auf. Was ging in ihr vor? Hatte Bert ihn belogen? Wußte sie nicht, was er sie heute abend fragen wollte? Jetzt hatte sie sich geirrt, häufig mit ihrem Mattischelchen, sich das Gesicht fädelnd. Gerade drängte sich wieder ein Herr an ihren Stuhl, da bahnte der Ingenieur sich einen Weg durch das Gewühl. Anna hatte den Herrn verabschiedet. Als sie Horstmann vor sich stehen sah, trat in ihr Gesicht ein feindseliger Ausdruck. Aber schnell legte sie die Maske des Liebessüchtigen Lächelns darüber.
„Sie wollen auch tanzen?“
„Ich habe Ihnen ja gesagt, daß ich nicht tanzen kann. Ich möchte mit Ihnen sprechen.“
„Gut, plaudern wir ein wenig. Wie gefällt Ihnen das Fest? Ist das nicht alles herrlich? Auf das ein Leben gewesen sein in dem alten Benedikt! Damals möchte ich gelebt haben. Alle Tage Festtag...“
„Über Sie sind so ernst, regt sich in Ihnen nicht das rheinische Blut?“
„Ich bin kein Rheinländer.“

Fortsetzung folgt

Consequenz dafür ist, daß das arbeitende Volk sich zusammenfindet und am Aufbau hilft. Nur fehlt noch sehr viel. Wir streiten uns nicht um unser Ziel, sondern um den Weg, der zum Ziele führt. Der Streit um den Weg darf nicht die Oberhand gewinnen und das, was wir darstellen, zerhacken. Die Arbeiterkraft stellt eine Macht dar, wenn sie geschlossen ist, sie vertritt sich selbst aber zur Wehrlosigkeit, wenn sie sich zerfleischt. Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation muß sein, die neuen Massen, die zu uns gekommen sind, durchzubilden.

Schilde bekräftigt dann seine Bemühungen, die internationalen Beziehungen während des Krieges aufrecht zu erhalten. Er behauptet, daß von den bisher feindlichen Ländern keine Vertreter anwesend sind; Einladungen sind ergangen, Antwort habe man aber keine bekommen. Redner gedachte dann der Toten des Verbandes, die auf dem Schlachtfelde geblieben sind, der Verletzten und Kriegsgefangenen. Er schließt mit der Mahnung zur Einigkeit; man möge einig und geschlossen weiter arbeiten zum Wohle der gesamten Metallarbeiter. Wo viel Freiheit, ist viel Fortschritt, aber der schmale Weg der Pflicht. (Teilweiser Beifall.)

Es folgt nun die Wahl einer Mandatsprüfungskommission. Hierbei kommt es bereits zu einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Richtungen. Von beiden Seiten werden Vorschläge für die Kommission gemacht. D. H. M. A. N. (Frankfurt a. M.) schlägt vor, die Kommission aus 9 Mitgliedern zusammenzusetzen, und dazu 6 von der Seite der Opposition und 3 Mitglieder von der anderen Seite zu wählen. Haas (Köln) wendet sich dagegen, diese Verteilung entspreche nicht dem Stärkeverhältnis. Es wird der Vermittlungsvorschlag 5 und 4 gemacht. Diesen Antrag lehnt die Opposition ab. Die Verhandlungen werden nun auf eine halbe Stunde ausgesetzt, um den Delegierten die nicht zur Opposition gehören, Gelegenheit zu geben, zu der Sachlage Stellung zu nehmen, da diese im Gegensatz zu der Opposition vor Beginn der Generalversammlung nicht zusammengekommen sind.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärt Haas, die Minderheit sei der Ansicht, daß die Kommissionen auf Grund der Stärkeverhältnisse zusammengesetzt sein sollen. Danach müßten die Sachverständigen 5 zu 4 zusammengesetzt sein. Redner die Opposition auf ihrem Standpunkte, lehnten sie es ab, in den Kommissionen mitzuarbeiten.

D. H. M. A. N. erklärt, die Opposition wolle in drei anderen Kommissionen der Minderheit einen Sitz mehr geben, als ihr eigentümlich zustehe. Bei der Mandatsprüfungskommission müßte es aber bei 6 zu 3 bleiben.

Die Generalversammlung lehnt erneut, gegen die Stimmen der Minderheit eine Zusammenlegung der Mandatsprüfungskommission auf der Grundlage von 5 zu 4 ab. Die Minderheit verzichtet hierauf auf eine Vertretung in der Kommission, sie wird nur von Mitgliedern der Opposition besetzt.

Die Erledigung dieser rein geschäftlichen Frage nahm sehr lange Zeit in Anspruch.

Am Nachmittag folgten längere Begrüßungsansprachen der ausländischen Delegierten.

Die Redner überbrachten die Grüße und Wünsche ihrer Organisationen. Der Vertreter der ungarischen Metallarbeiter gab ein Bild der ungarischen Verhältnisse während der Katediktatur. Er sprach den Wunsch aus, daß die Deutschen nie die Zeit erleben, die sie hätten durchmachen müssen. Die Arbeiterkräfte hätten in Ungarn in der unmöglichsten Weise gearbeitet und die Arbeiter die unmöglichsten Forderungen erhoben. Auch unter der Käterregierung sei getreift worden. Eine allgemeine Freude wäre es gewesen, als die Katediktatur aufgehoben worden sei.

Die Verhandlungen wurden darauf vertagt.

(Vorbericht.)

Die Sitzung am Dienstag wurde vollständig durch den Bericht der Mandatsprüfungskommission ausgefüllt. Gegen 52 Berliner Mandate war wegen Wahlbeeinflussung Protest eingelegt. Die Mandate wurden mit 192 gegen 135 Stimmen für gültig erklärt. Hingegen wurden zehn Dresdener Mandate der Minderheit für ungültig erklärt und dafür Vertreter der Opposition berufen. Darüber herrschte große Erregung bei der Minderheit, welche diesen Beschluß als schweren Rechtsbruch betrachtete. Darauf wurde über den Berliner Streit berichtet, wobei scharfe Angriffe auf Schilde erhoben wurden. Schilde wird in der nächsten Sitzung antworten.

Die größte Partei.

Die Deutschnationale Volkspartei hat am Montag in den Räumen der preussischen Landesversammlung in Berlin eine Hauptvorstandsitzung abgehalten, die von über 200 Vertretern besucht war. Nach den Mitteilungen der Hauptgeschäftsstelle hat die Partei in 5000 Ortsgruppen 100 000 Mitglieder. Sie verfügt über 193 Parteizeitungen, gründet täglich acht neue Vereine und besitzt eine ungeheure Zahl von Zeitungen und Zeitschriften. Die Zeitung wandte sich — nicht ohne Grund — gegen die Massen-Einwanderung von Ostjuden, die bei der gegenwärtigen Wohnungs- und Lebensmittelnot gleichmäßig mit jeder anderen Einwanderung zurückgehalten werden müßte. Sie stellte sich auf einen im wesentlichen antisemitischen Standpunkt und verbreitete die Klänge Lüge von der Ueberjähung der Regierung, obwohl in dieser Zeit weniger Juden sitzen als vor der Revolution. Sie lehnte aber zugleich den Radau- und Pogromantisemitismus ab, was faktisch natürlich nur Klugheit ist. Die Tagung stellte dann dem Parteivorstandenden Herzog und seinem Organisationsprogramm ein besonderes Vertrauensvotum aus, so daß also die Opposition der „Deutschen Zeitung“ und der Berliner Provinzorganisation abgefallen ist. Auch dieses Programm ist lediglich wahlrhetorisch gedacht.

So sehen wir, wie die Deutschnationalen sich mit großer Kunst auf den parlamentarisch-republikanischen Staat eingerichtet haben. Sie erheben wirklich keinen Protest und wollen in ihrer Mehrheit auch die Reichswehr weder sofort beseitigen, noch zerlegen, sondern sie erheben die Forderung, daß die Reichswehr die nächsten Wahl. Die Auswärtigen dafür sind für die Deutschnationalen umso günstiger, je schwächer unsere Partei sich gegen die Demagogie der „Unabhängigen“ zeigt. Je stärker sie selbst für Ordnung und Wiederanbau des Wirtschaftslebens ohne Rücksicht auf Klassen und Nationen sorgt, desto mehr weichen auch ihre Anhänger ab. Im Hinblick auf unseren Grundgedanken des aufbauenden Sozialismus wie auf den Wahlerfolg, muß die Partei wirtschaftlich das vollbringen, was sie politisch vollbracht hat: die Wiederherstellung sicherer und geordneter Verhältnisse. Wie vor der Gründung der Reichswehr, darf sie auch jetzt vor durchgreifenden Maßnahmen nicht zurücktreten.

Statistisches aus Lübeck.

Arbeitersecretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat September auf 1013 (998), die der Besucher auf 1024 (1012). — Die eingekammerten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Davon waren in derselben Sache wiederholt 129 Personen. Mithin sind im September 894 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1044 (1028), darunter nach auswärts schriftlich 176 (161). Von den Besuchern waren organisiert 630 (626) Personen, und zwar gewerkschaftlich 222 politisch 51, gewerkschaftlich und politisch 357. Unter den Arbeitenden 374 Nichtorganisierten befinden sich 195 Angehörige von Organisationen und 14 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 564 (578) männlich, 451 (411) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeiter und deren Angehörige 937 (923); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 51 (66); Dr-

hanisationsleiter 36 (23). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 859 (870) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 64 (58), Oldenburg 44 (49), Meddenburg 20 (9), Brühren 32 (29) und sonstwo 5 (2). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 192 (125), Privatangehörigenversicherung 4 (2), Arbeits- und Dienstvertrag 210 (168), bürgerliches Recht 327 (332), Strafrecht 77 (95), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 191 (184), Vereins- und Versammlungsrecht 14 (7), Arbeiterbewegung 17 (9), Privatversicherung 6 (2), Handels- und Gewerbesachen 4 (—), Verjährungsverjährung 62 (104). Von den Auskünften machten 449 (498) die Anfertigung von 582 (640) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 9 (9) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 246 (272) Postsendungen. Der 11. September zeigte mit 70 (62) die höchste, der 5. September mit 19 (16) die niedrigste Besucherzahl.

Grundstücksmarkt im 2. Quartal. Der große Verkehr auf dem Grundstücksmarkt nimmt noch immer erheblich zu, es sind nämlich 770 (237) Grundstücke oder über 200 mehr als im vorigen Vierteljahr umgelehrt. Sie umfaßten 1 021 699 (965 083) qm und wurden mit 25 337 054 Mark (5 614 590 Mark) bezahlt, das sind 19 722 464 Mark mehr als im Vorjahre und fast ebensoviel wie die Umsatzzsumme des ganzen Jahres 1918 (26 4 Millionen Mark) betrug. Die Grundstücke, die den Eigentümer wechselten, waren meist wieder bebaut, doch hat diesmal auch die Zahl der verkauften Baufläche zugenommen: sie betrug 27 (8), für die 242 316 Mark (36 958 Mark) bezahlt worden sind. Der Grundbesitzwechsel war fast ausschließlich ein freihändiger, Zwangsversteigerungen haben nur 4 (4) stattgefunden; bei der Umschrift dieser Grundstücke wurden 36 500 Mark (30 002 Mark) von Amts wegen gefischt. Auf dem Hypothekemarkt ging es gleichfalls überaus lebhaft zu, sowohl Umschriften wie neue Verpfändungen wie Lösungen übertrafen die vorjährige Summe ganz bedeutend an Zahl und Betrag, und zwar die Umschriften um 742 bzw. 3 551 033 Mark, die neuen Verpfändungen um 708 oder 4 831 826 Mark und die Lösungen um 449 oder 1 973 320 Mark. Der Baumarkt war so belebt wie seit langer Zeit nicht mehr. Die Zahl der erteilten Bauausführungen belief sich auf 350 oder fast 6 mal so viel wie im Vorjahr (59) und 105 (12) von ihnen betrafen Wohnhäuser, von denen 32 (21) neu errichtet werden sollten. Fertige Gebäude wurden insgesamt 63 (22) neue Wohnungen, davon 31 (3) in Neubauten und 32 (19) durch Umbau. Im Bau befanden sich Ende Juni 48 Wohnungsgebäude gegen nur 7 im Vorjahre. Dem vorhandenen Bedarf ist damit aber noch nicht entsprochen genügt und die Wohnungsnot nimmt noch immer weiter zu.

Verkehrsstatistisches vom 2. Quartal. Der Straßenbahnverkehr mußte gegenüber dem Vorjahre eingeschränkt werden. Die Zahl der Wagenkilometer, die zurückgelegt sind, blieb um 124 854 gegen 1918 zurück und die der beförderten Personen betrug nur 5 841 561 oder 745 287 weniger als damals. Die Einnahmen waren trotzdem um 324 243 Mark höher als im Vorjahre und betrugen 1 000 203 Mark. Das erklärt sich daraus, daß der Tarif am 1. August 1918 erhöht worden ist. — Im Binnen-schiffahrtsverkehr gingen im Hafenplatz Lübeck sowie den anderen Hafen- und Anlegelassen an der Trave insgesamt 886 (923) Schiffe ein und aus. Die Güter, die sie anbrachten, beliefen sich auf insgesamt 114 542 (105 987) t, während nur 16 559 (33 927) t mit ihnen fortgingen. Von den angekommenen Gütern bestand mehr als die Hälfte aus Dungsstoffen einschließlich Kaffee. — Die Zahl der auf dem Schiffschiff geschlachteten Tiere betrug nur 1778 gegen 25 869 im vorigen Jahre. Im einzelnen handelte es sich um 1000 (1531) Rinder, 537 (12 686) Kühe und Stieren, 8 (7592) Schafe usw. Ebenso stark blieb der Auftrieb auf dem Viehmarkt hinter 1918 zurück, statt 23 986 Stück wurden diesmal nur 1429 zum Verkauf gestellt. — Die Zahl der unter Gewerbeaufsicht stehenden Betriebe (Fabriken, Werkstätten mit Motorbetrieb und Bauhöfen) betrug am 1. April 552 (551) und die der in ihnen beschäftigten Arbeiter 11 943 (11 896). Arbeiter waren also 47 mehr als im vorigen Jahre dort tätig, weibliche aber 1420 weniger.

Aus dem Parteileben.

Die Parteischule

in Berlin soll, mehrfachen Anregungen entsprechend, laut Beschluß des Parteivorstandes und Parteiaussschusses wieder in Kraft treten, und zwar schon im kommenden Monat. Von Mitte November bis Mitte Dezember wird in Berlin ein einmonatlicher Kursus für wissenschaftlichen Sozialismus stattfinden, wozu die besten Lehrer zur Verfügung stehen. Teilnehmern sollen nur Parteigenossen, die über eine gewisse Vorbildung und die Fähigkeit verfügen, das Gelernte weiter zu geben. Den Teilnehmern wird vom Parteivorstande eine Unterhaltsumme von 500 Mark gewährt. Jeder Bezirk in Deutschland kann einen Schüler entsenden. Dementsprechend entfällt auf die Provinz Schleswig-Holstein ein Teilnehmer. Parteigenossen mit entsprechender Vorbildung wollen an den Unterzeichneten bis spätestens 20. Oktober Anträge auf Teilnahme stellen.

Der Partei-Bezirksvorstand,

J. A.:
Rudolf Hadelberg, Kiel, Jahrg. 24.

Einer der letzten „Saffalleaner“. In Barmen verstarb im Alter von 86 Jahren Genosse Wilhelm Lange, einer der wenigen noch lebenden Zeitgenossen Saffalles. Wilhelm Lange stand zur Partei in den schweren Zeiten des Sozialistengesetzes, da es noch Mut und Opfergeist erforderte, Sozialdemokrat zu sein. Er hat den mächtigen Aufstieg unserer Organisation erlebt und bis zum Ausbruch des Krieges erfahren, welche Kämpfe es kostete, die berechtigten Wünsche des Proletariats gegen die im Staat organisierten Mächte des Kapitals durchzusetzen. Mit allen überlegten Genossen mußte er die Spaltung der großen deutschen Arbeiterpartei lebhaft bedauern und verlor dabei doch die Hoffnung nicht, daß eines Tages der Geist unserer großen Führer wieder regreich durchdringen wird. In seinen letzten Lebensmonaten konnte Wilhelm Lange noch an seinen reichen Erfahrungen ablesen, wie vollkommen gewandelt die Stellung unserer Partei heute im Leben der Nation ist. Der Weg von härtester Opposition zu verantwortlicher Arbeit ist von dem verdorbenen Genossen mitgegangen worden in dem unerlöschlichen Glauben an die Sendung der deutschen Sozialdemokratie für die Zukunft Deutschlands und der Welt.

So zieht die Geschichte von zwei Geschlechtern an uns vorüber, wenn wir die Nachricht vom Ableben unseres ältesten Parteigenossen lesen.

Wirtschaftliches.

Ein Beitrag zur Bekämpfung der Fische. Aus Fischereireisen schreibt man uns, daß Interessentenkreise Stimmung für die freie Reghändler und den freien Reghandel machen, der billigere und reichlichere Ware bringe. Wie das Billige aussieht, kennzeichnet eine Zuckerrübe aus Fischreisen, nach der sich bei Freigabe des Reghandels der Preis auf denjenigen des Weltmarktes hebt und durch die ungenügende Salina angedehnt noch um drei- und vierfache. Ueberall in Fischereireisen wird man sich fragen, ob eine solche Preissteigerung überhaupt notwendig ist. Die deutschen Reghändler haben ein zurückgefallenes Kontingent von Lammwollgarn erhalten, das 500 000 kg. beträgt. Diese Menge reicht bis Februar oder März 1920 aus. Diese Garne sind in Rechnung gestellt mit dem niedrigsten Preise, welcher durch die bisherige Höchstpreisbindung bestimmt war. Die Fische müssen also ebenso billig sein wie in der Vergangenheit. Erhöhungen dürfen nur dann erfolgen, wenn Preissteigerungen und Rohwareverknappung erfolgt

und. Angesichts der nicht ungehört in die Presse gebrachten Darstellungen über ein Anziehen der Regpreise haben vielfach die Fische die Fischpreise gesteigert, um eine Verteuerung ihres wichtigsten Betriebsmittels möglichst leicht ertragen zu können. Es ist durchaus denkbar, daß die Regfabriken das billige Garn für Auslandslieferungen verwenden und teures, im Inlande eingekaufte Garn verwenden werden für dementsprechend wesentlich teure Netze, die sie an die deutschen Fische abgeben. Solche Möglichkeiten müssen unter allen Umständen verhindert werden. Diese Forderung muß die deutsche Fischerei und vor allem auch der Konsument erheben.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Lohnzulagen im Malergewerbe. Die am Reichstarikvertrag für das Malergewerbe beteiligten Zentralverbände verhandelten am 13. Oktober im Reichsarbeitsministerium über eine weitere Erhöhung der heutigen Leuerungszulagen. Hierbei kam folgende Vereinbarung zustande: die Lohnhöhung beträgt für Orte unter 25 000 Einwohner, soweit es sich nicht um Kurz- und Badeorte oder Industriekäde handelt, 20 Pfg. für die übrigen, sowie für Städte bis 100 000 Einwohner 30 Pfg. und für Großstädte 40 Pfg. pro Arbeitsstunde. Für Lübeck ist durch örtliche Vereinbarung bereits 50 Pfg. festgesetzt.

Reich und Ausland.

Falsche Kriminalbeamte im D-Zug. Unter der Woche folger Kriminalbeamter erschienen in dem D-Zug Berlin—Hannover zwei Männer und erlitten einen jungen, in dem Zuge stehenden Kaufmann, ihnen seinen Koffer vorzuliegen, da sie ihn beschlagnahmen wollten. Der junge Mann ließ sich verblüffen. In dem Koffer befanden sich außer Wäsche und Kleidern für mehrere 100 000 Mark Wertpapiere. Kriminalbeamte und Koffer sah man niemals wieder.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Fußball-Wettspiel. Am Sonntag, dem 19. Oktober, stehen sich in Lübeck auf dem Platz vor dem Hofjägerwerk die ersten Monnschaften des Fußballvereins „Vorwärts“ und „König im Reicourpiel gegenüber. Das letzte Spiel in Lübeck konnte König nicht für sich entscheiden. Da „Vorwärts“ inzwischen durch einige Spieler verstärkt ist, darf man auf den Ausgang des Treffens sehr gespannt sein. Beide Vereine gehören dem Arbeiter-Turn- und Sportbund an. Das Spiel beginnt nachmittags 2,30 Uhr. — Am Abend vorher hat die Fußballabteilung König Ball im Vereinslokal. (Siehe Annonce.)

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Nichtigstellung.

Zu unserer Eingabe vom 9. d. M. erklären wir folgendes: Aus unserer Eingabe an den Senat vom 9. d. M., die durch die Tagesblätter gegangen ist, haben bürgerliche Blätter Vorteil zu schlagen versucht, indem sie durch gewisse Bemerkungen Uneinigkeit unter die Arbeiterschaft zu säen versuchten. Deshalb sei folgendes festgestellt: Nach Aussprache der hiesigen Arbeiter-Ausschüsse ist dies nicht gelungen, denn die Arbeiterschaft hat etwas anderes aus unseren Zeilen herausgehört. Unser Appell richtete sich nicht an die Arbeiterschaft, sondern an die Industriellen, um auch ihrerseits die Hand dazu zu bieten, daß wir in diesem Winter besser durchkommen. Sie sollen, falls einmal die Arbeit knapp wird, keine Entlassungen vornehmen, sondern von ihrem Kriegsgewinn etwas hergeben, damit wir vor Unruhen und sonstigen Kalamitäten bewahrt bleiben. Es darf von den maßgebenden Stellen nichts veräußert werden, die reichlich vorhandenen Kohlen heran zu befördern; denn wo ein Wille, da ist auch ein Weg. Die Arbeiterausschüsse: Lübecker Straßenbahn, i. A. Bode, Flieder-Werk A.-G., i. A. Müller, Hofjägerwerk, i. A. Dellfs, Lüb. Maschinenbau-Gesellschaft, i. A. Kettelhorn, Thiel & Söhne, i. A. Maass, Drägerwerk, i. A. Mundt.

Eingegangene Druckschriften.

Ein heiteres, fröhliches Gemüt ist heute Gold wert und in diesem Sinne ist ein Abonnement auf die „Megendorfer Blätter“ die beste Kapitalanlage. Ohne unsere meist schon genug gequälten Nerven noch mehr zu reizen, gemahren sie durch ihre lustigen und künstlerisch einwandfreien Bilder, durch ihre scharfen, humoristischen und satirischen Beiträge jedem, der sie liest, ein paar Stunden wirklich erquickender Unterhaltung und bleiben auch nach der Lektüre ein wertvoller Bestandteil jeder Hausbibliothek. Parteilos und unparteilich, satirisch und doch nie verleidend, sind sie für jeden der beste Freund beschaulicher Stunden. Das Abonnement auf die Megendorfer-Blätter kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jedes Postamt entgegen, ebenso auch der Verlag in München, Bernauerstr. 5. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich nur 5.— M. (ohne Porto), und die einzelne Nummer kostet 50 Pfg. (ohne Porto). Die seit Beginn eines Vierteljahres bereits erschienenen Nummern werden neuen Abonnenten auf Wunsch nachgeliefert.



Wirklich billig durch seine gute Qualität ist der Schuhputz Erdal. schwarz, gelb, braun, rotbraun. Alleinhersteller: Werner & Meiß, Mainz.